

ROSA LUXEMBURG

DIE RUSSISCHE REVOLUTION

Mit einer Einleitung

»Zum vierzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution«

von Bernhard Krauß

VERLAG NIEMEYER · HAMELN

Reinhard Schwächer
B-24-1

ROSA LUXEMBURG

DIE RUSSISCHE REVOLUTION

Mit einer Einleitung
»Zum vierzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution«

von Bernhard Krauß

VERLAG NIEMEYER · HAMELN

Der Text dieser Ausgabe entspricht dem von Paul Levi 1922 herausgegebenen unter Berücksichtigung sämtlicher Korrekturen und Erweiterungen, die Felix Weil 1928 in „Grünbergs Archiv“ bekanntgemacht hat.



Druck: C. W. Niemeyer, Hameln

ZUM VIERZIGSTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION

Die russische Oktoberrevolution ist das folgenreichste historische Ereignis in diesem Jahrhundert gewesen. Sie hat nicht nur die russische Gesellschaftsordnung von Grund aus umgewälzt, sondern auch über die Grenzen Rußlands hinaus auf die Entwicklung anderer Staaten und vor allem auch auf die internationale Arbeiterbewegung einen gewaltigen Einfluß ausgeübt. Es war die erste siegreiche proletarische Revolution; sie wurde auf der Grundlage der Lehren von *Marx* und *Engels* unter der Führung von *Lenin* und *Trotzki* durchgeführt. In der Formel von *Marx* bedeutete das: „Im Jahre 1917 tritt das russische Volk — als erstes in der Welt — aus der Vorgeschichte der Menschheit heraus und beginnt ihre wahre Geschichte: den Sozialismus“*). Aber auch in den Augen von Menschen, die der Oktoberrevolution kritischer gegenüberstehen, war sie ein Ereignis von ähnlicher welthistorischer Tragweite wie die große französische Revolution von 1789.

Es ist deshalb vielleicht nicht uninteressant, eine bedeutsame kritische Äußerung zur Oktoberrevolution aus der Feder eines der größten deutschen Marxisten dem Leser von heute erneut zugänglich zu machen.

*) *Georg Lukàcs*, „Der russische Realismus in der Weltliteratur“, Berlin 1951, S. 23.

Rosa Luxemburg wird von allen kommunistischen Parteien der Welt als eine große revolutionäre Kämpferin gefeiert. Der grausame Mord, der am 15. Januar 1919 an ihr verübt wurde, ließ sie zu einer Märtyrerin des Sozialismus werden. Eine Auswahl ihrer Werke ist 1951, zu ihrem 80sten Geburtstag, im Dietz-Verlag, Berlin, erschienen, und *Fred Oelßner* hat ihr eine „kritische biographische Skizze“ gewidmet. Die kleine Studie über die „russische Revolution“ hat freilich bisher in den Ländern des „sozialistischen Lagers“ nur der polnische Kommunist *Julian Hochfeld* herausgebracht, während sie den Deutschen in der „DDR“ vorenthalten wird. *Fred Oelßner* ist mit Recht empört darüber, daß 1933 „die Werke *Rosa Luxemburgs* mit den besten Werken des deutschen Geistes auf dem Scheiterhaufen verbrannt“ wurden (S. 153). Dennoch hat die Parteileitung der SED bisher - ähnlich wie die Zensurbehörden der mittelalterlichen Kirche - nur eine sehr beschränkte Auswahl der Arbeiten *Rosa Luxemburgs* veröffentlicht, weil sie im „Luxemburgismus“ ein „fehlerhaftes System“ erblickt, dessen öffentliche Diskussion als staatsgefährdend angesehen wird. Aber selbst *Stalin* hat in seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ (1950) betont, „daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann“ (S. 38). Ein solcher Kampf der Meinungen kann aber nicht stattfinden, wenn die kritischen Stimmen gar nicht einmal veröffentlicht werden, oder, wenn nur die schwächsten Punkte einer Kritik bekannt gemacht und die

entscheidenden einfach verschwiegen werden, wie das *Fred Oelßner* in seinem Buch über *Rosa Luxemburg* getan hat.

BILANZ VON 40 JAHREN

Die Ereignisse, die *Rosa Luxemburg* bei der Abfassung ihrer Kritik im Auge hatte, waren: die Auflösung der Konstituante durch *Lenin* (Jan. 1918) und die Aufteilung des feudalen Großgrundbesitzes an die landlosen Bauern. Beide Ereignisse schienen ihr für die Zukunft überaus bedenklich, so sehr sie auch im Augenblick der „Revolution nutzen“ mochten. Auch *Karl Kautsky* hat damals den Bolschewiken fehlenden Demokratismus zum Vorwurf gemacht, und *Lenin* und *Trotzki* haben diesen Vorwurf energisch zurückgewiesen. *Trotzki* meinte: „Der Fetischismus der parlamentarischen Mehrheit ist eine grobe Losagung nicht nur von der Diktatur des Proletariats, sondern auch vom Marxismus und der Revolution überhaupt“ („Grundfragen der Revolution“, S. 19). *Lenin* wie *Trotzki* waren überzeugt, daß die Sache der Revolution und ihres Sieges wichtiger sei als die der Demokratie. *Trotzki* warf *Kautsky* vor, er habe sich auf eine unhistorische „naturrechtliche“ Position zurückgezogen und aus der „Maschinerie der Demokratie“, die man eine Zeitlang für die Revolution nützen könne, ein „unwandelbares Prinzip“ gemacht. Die Kritiken *Rosa Luxemburgs* und die — theoretisch schwächeren — *Karl Kautskys* wurden von *Lenin* und vor allem von *Stalin* nicht akzeptiert. Die

russische Revolution blieb zwar siegreich und errichtete eine Diktatur des Proletariats, man kann sich aber fragen, ob in mancher Hinsicht die warnenden Voraussagen *Rosa Luxemburgs* nicht doch recht behalten haben.

Gewiß, die Sowjetunion hat in den 40 Jahren ihres Bestehens große Erfolge errungen. Aus einem rückständigen Agrarland ist sie zu einem führenden Industriestaat geworden. Der Bildungsstand der Massen wurde gehoben. Der Lebensstandard — großer Teile der Bevölkerung — liegt weit über dem vorrevolutionären, wenn er sich auch nicht entfernt so gut entwickelt hat wie die schwerindustrielle Produktion. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist abgeschafft und durch staatliches bzw. genossenschaftliches Eigentum ersetzt. Aber kann man deshalb schon davon sprechen, „daß der Sozialismus verwirklicht ist“, daß sich das Land bereits auf dem Wege zum Kommunismus befindet? Der polnische Marxist *Kołakowski* hat eine große Liste mit negativen Definitionen zusammengestellt, in der es u. a. heißt: „Sozialismus ist nicht — ein Staat, der sich für durch und durch sozialistisch hält, nur weil er das Privateigentum an den Produktionsmitteln liquidiert hat“. In der Tat, was könnte einem solchen Staat fehlen? Nun, für *Marx* war der Sozialismus in erster Linie eine Bewegung zur Befreiung des Menschen. Zur Befreiung von der Ausbeutung in allen ihren Formen und zur Überwindung des formellen und unzulänglichen Charakters der bürgerlichen Demokratie. Die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln schien ihm auf diesem Wege nur ein Mittel, wenn auch ein

unentbehrliches. Sie ist also nicht selbst bereits der Sozialismus, sondern soll ihn vielmehr erst möglich machen.

IST DIE SOWJETUNION EIN DEMOKRATISCHER STAAT?

Wie steht es nun um die Konkretisierung der Demokratie, um die freie Selbstverwaltung der Produktionsmittel durch die Werktätigen in der Sowjetunion und in der „DDR“? Haben die Werktätigen wirklich ihre Geschicke in der Hand, ist es ihnen möglich, konkret die Maßnahmen ihrer Regierung (der „Arbeiter- und Bauernregierung“) zu bestimmen? Üben sie eine effektive Kontrolle — nicht nur über ein paar untergeordnete Funktionäre —, sondern über den Staatsapparat und den Parteiapparat selbst aus, der ja „theoretisch“ ihnen zu dienen hat? Wie steht es um die Wahlen? Kann man sagen, daß in ihnen die formelle Demokratie der Bourgeoisie konkretisiert, durch eine vollständigere Form von Demokratie überboten und überwunden wird? Und wenn man all diese Fragen mit „nein“ beantworten muß, weil offensichtlich eine kleine Minderheit an der Spitze der Partei allein entscheidet, nicht nur was die Parteimitglieder wollen müssen, sondern auch, was das ganze Volk — oder wenigstens die Masse der Werktätigen zu wollen hat —, wenn man diese Fragen mit „nein“ beantworten muß, folgt daraus nicht, daß an die Stelle einer effektiven Demokratie, ohne die der Sozialismus nicht existieren kann, eine bloß

verbale, bloß nominelle Demokratie getreten ist, noch tausendmal formeller als die bürgerliche?

Wie sonst soll man die gewaltigen Verbrechen *Stalins* sich erklären, als dadurch, daß eine effektive Kontrolle seiner Taten durch die Bevölkerung unmöglich war? In einem Lande mit einer wirklich freien Presse wäre weder der von *Stalin* — wie *Chruschtschow* in seinem Geheimbericht vom 25. 2. 1956 durchblicken ließ — gebilligte, wenn nicht gar angeordnete Mord an dem Sekretär der Leningrader Parteiorganisation, *Kirow*, unaufgeklärt geblieben, noch wären die Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre mit der Verurteilung und Hinrichtung von Tausenden unschuldiger Kommunisten möglich gewesen. Die *Stalins* despotischem Charakter in die Schuhe geschobenen „Mißbräuche“ und „Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit“ sind in Wahrheit Konsequenzen der fehlenden demokratischen Kontrolle „von unten“, der Unterdrückung der Pressefreiheit, des absoluten Monopols der Parteiführung auf alle Massenbeeinflussungsmittel. Despotische Menschen wie *Stalin* gibt es in jedem Volke, und in jedem Volk kann es passieren, daß sie sich an die Spitze des Staates schwingen; aber nur, wenn in einer Gesellschaft die notwendigen demokratischen Sicherungen gegen Machtmißbrauch fehlen, können sie derartiges Unheil anrichten, wie das in der Sowjetunion der Fall war. *Chruschtschow* hat durch seinen Geheimbericht die geschichtliche Wahrheit anerkannt und dadurch einen großen Schritt vorwärts getan. Aber er hat seine Analyse der Ursachen des Stalinismus nicht weit genug getrieben. Er blieb — vollkommen unmarxi-

stisch — im Stile der Volkstümler bei der Zurückführung der Ereignisse auf die individuellen Charaktereigenschaften *Stalins* stehen. Er trennte ganz undialektisch — im Stile *Proudhons* — das „Gute“ an *Stalin* — seinen Kampf gegen „die rechte und linke Abweichung“ — vom „Bösen“ in *Stalin* und führte das Böse ausschließlich auf die angeborenen Eigenschaften *Stalins* zurück. *Palmiro Togliatti* hat daher durchaus recht gehabt, als er am 20. Juni 1956 in den „Nuovi Argomenti“ dazu aufforderte, die strukturellen Ursachen in der Sowjetgesellschaft zu analysieren, die den *Stalin*'schen Despotismus so lange ungestraft sich entwickeln ließen. Die „Prawda“ hat leider diese lebenswichtige Diskussion abgeschnitten und *Togliatti* einen Verweis erteilt. Heute führen nur die jugoslawischen und polnischen Marxisten eine Diskussion weiter, deren Ziel es ist, die Wiederholung derartiger Mißbräuche in Zukunft unmöglich zu machen.

Der Fall des Mordes an *Kirow* und die großen Schauprozesse sind aber sehr gut geeignet, um zu zeigen, wie *Stalin* auf Grund des staatlichen Monopols der Massenbeeinflussungsmittel (Funk, Presse, Film, Verlagswesen usw.) seine terroristischen Maßnahmen durch eine scheinbar freie Zustimmung der Bevölkerung bemänteln konnte. Zunächst wurde der Mord an dem äußerst beliebten und begabten Leningrader Kommunistenführer *Kirow* von gedungenen Schergen durchgeführt. Angesichts der großen Popularität *Kirows* erregte dieser Mord in der Bevölkerung berechtigten Unwillen; nun setzte *Stalin* seinen Propagandaapparat ein und schob die Schuld an diesem Mord den — in Wahrheit

völlig ohnmächtigen und längst von ihm aus allen wichtigen Ämtern ausgeschalteten — ehemaligen Oppositionellen in die Schuhe, die, wie *Chruschtschow* zugab, völlig unschuldig waren. Er brachte damit die Volksmeinung gegen diese Kommunisten auf und verlangte dann von den Richtern, daß sie — als Demokraten — diese Volksmeinung bei der Rechtsfindung zu berücksichtigen hätten. Wie soll man dieses Verhalten nennen? Es ist nichts anderes als ein systematischer Mißbrauch der irreführten Gefühle der Massen, schlimmer und heimtückischer als in der verleumderischsten Boulevardpresse des Kapitalismus. Und was diese Verleumdungen und Lügen so unendlich gefährlicher macht, als diejenigen einzelner Revolverblätter in der westlichen Welt, ist die Tatsache, daß niemand, aber auch niemand ihnen widersprechen darf! Daß das absolute Monopol der Meinungsbeeinflussung noch durch polizeiliche Unterdrückung verschärft und unterstützt wird. Es handelt sich nicht nur um ein ökonomisches Monopol, sondern zugleich um ein politisches.

Hat sich nun seit dem Tode *Stalins* und seit dem XX. Parteitag hieran *prinzipiell* etwas geändert? Kaum. Wenn man von einzelnen Ansätzen zu einer Auflockerung der Wirtschaftslenkung, zu einer stärkeren Heranziehung der Staatsbürger bei untergeordneten Fragen der Verwaltung auf lokaler Ebene absieht, ist fast alles beim alten geblieben. Zwar gibt es keine „unfehlbaren Götter“ mehr an der Spitze des Staates und der Partei, aber dafür ein unfehlbares Gremium — das ZK, dessen Beschlüsse ebenso ver-

bindlich sind und ebenso undiskutiert hingenommen werden müssen, wie früher die Äußerungen des „großen Führers *Stalin*“.

IST DIE SOWJETUNION EIN SOZIALISTISCHER STAAT?

Wenn es aber auch nicht schwer ist, nachzuweisen, daß die von *Rosa Luxemburg* bereits 1918 vermißte demokratische Grundlage des Sozialismus in Rußland bis heute fehlt, so könnte man doch sagen, daß die Sowjetregierung die Interessen der Werktätigen auch ohne dauernde Kontrolle durch diese gewahrt und den Sozialismus aufgebaut habe, daß es in der Sowjetunion keine „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ mehr gebe, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft worden ist, und daß eine vollkommene Interessenharmonie zwischen Führung und Volk bestehe. Mit anderen Worten, man könnte behaupten, daß die Sowjetregierung und die Führung der KPdSU, auch ohne die Massen befragen zu müssen, — auf Grund ihrer Weisheit — eine sozialistische Politik im Interesse der Massen durchführt. Aber auch das ist höchst fragwürdig. Gewiß, die Sowjetregierung und die Führer der Partei verfügen nicht über das Eigentum an den Produktionsmitteln, und damit fällt *eine* Quelle für den Mißbrauch der Macht zweifellos weg. Aber ist damit *jedes* Motiv für Machtmißbrauch bereits ausgeschlossen? Kann die staatliche Investitions- und Preispolitik, über die diese Gruppe von Führern allein entscheidet, nicht höchst verschiedenartig und auch zugunsten der Führungsgruppe selbst gestaltet werden? Wäre es

nicht z. B. denkbar, daß sich die Angehörigen der Führungsgruppe und — sagen wir — eine mehr oder weniger große unmittelbare Gefolgschaft derselben bestimmte Waren für den eigenen Konsum vorbehalten? Daß sie vielleicht sogar Spezialläden für die Angehörigen dieser Gruppe einrichten. Das wäre zweifellos eine Verletzung der Rechtsgleichheit, die mit dem Prinzip des Leistungslohnes, das für die Periode des Sozialismus noch gültig ist, nicht gerechtfertigt werden kann. Und in der Tat: in der Sowjetunion wie in allen Volksdemokratien gibt es derartige Geschäfte. Darüber hinaus aber hat die Führungsgruppe sich ein ganzes System von Privilegien und Prämien geschaffen, das weit über die durch unterschiedliche Leistung gerechtfertigten Differenzierungen hinausgeht. Marschall *Tito* hat — mit Recht — davon gesprochen, daß ein Teil des Mehrwerts, den die Arbeiter in der Sowjetunion erzeugen, dem Luxuskonsum der führenden Schicht zugute kommt, und daß die Werktätigen der Sowjetunion so gut wie keinen Einfluß auf die Verteilung des Mehrwerts haben. Nur in Polen sind nach der Oktoberrevolution des Jahres 1956 die Sonderläden abgeschafft worden. Aber auch, wenn wir von diesen ökonomischen Privilegien der Führungsgruppe absehen, die *Lenin* nie geduldet haben würde — hatte er doch einen Facharbeiterlohn als das Maximum selbst für die Volkskommissare (Minister) angesetzt —*) kann man nicht

*) In den „Aprilthesen“ *Lenins* (1917) heißt es u. a. „4. . . . Abschaffung der Polizei, der Armee, des Beamtentums. Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar (!) und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn

sagen, daß die Verteilung des Volkseinkommens nach sozialistischen Gesichtspunkten erfolgt. Einer der wichtigsten Ausgabenposten des sowjetischen Staatshaushalts war — wenigstens bis vor kurzer Zeit — die Polizei. Ein riesiger Unterdrückungsapparat wurde von *Stalin* unter dem Vorwand aufgebaut, der Klassenkampf werde sich im Zuge des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus zunehmend verschärfen. Diese These ist jetzt allgemein als eine üble apologetische Lüge im Interesse der *Stalin'schen* Einmannndiktatur — sogar von *Walter Ulbricht* — zurückgewiesen worden. Jahrzehntelang aber wurde ein beachtlicher Teil des Sozialprodukts in der Sowjetunion für den Aufbau und die Unterhaltung dieses Apparates, der sich in erster Linie gegen die sowjetischen Werktätigen selbst und ihre Führer richtete, ausgegeben.

Schließlich muß man sich fragen, ob der Stolz der sowjetischen Führer auf das ungemein rasche Wachstum der schwerindustriellen Produktion in der Sowjetunion ganz berechtigt ist, und ob dieses hohe Wachstumstempo tatsächlich auf die sozialistische Wirtschaftsstruktur und nicht vielmehr auf die absolute Diktatur der Regierung zurückzuführen ist. Der größte Teil des Mehrprodukts wird in der Sowjetunion zur Investition auf dem Sektor der Schwerindustrie verwendet. Das ist nur möglich, indem die Werktätigen auf eine entsprechend rasche Hebung

eines qualifizierten Arbeiters“. (Sämtliche Werke Bd. XX. 1. S. 114 f). Es ist bezeichnend, daß der vollständige Text der Aprilthesen in den gängigen Auswahlgaben der *Lenin'schen* Werke nicht zu finden ist!

ihrer Reallöhne verzichten. Tun sie das freiwillig? Die Gewerkschaften in der westlichen Welt sind ständig bemüht, die Reallöhne etwa gleichmäßig mit der Steigerung der Produktion zu heben, damit den Werktätigen der einmal erkämpfte Anteil an dem Sozialprodukt erhalten bleibt. Ein Verteidiger des Sowjetsystems würde freilich sagen, daß die schwerindustriellen Anlagen in der Sowjetunion ja den Arbeitern (als Staatsbürgern) selbst gehören und außerdem ihr „Verzicht“ auf ständig steigende Reallöhne und damit ständig höhere Konsummöglichkeiten nur ein momentaner und vorläufiger ist, denn die jetzt aufgebaute Schwerindustrie sei die Grundlage für eine künftig sich entfaltende Leichtindustrie. Es fragt sich aber, ob diese Zurückstellung des augenblicklichen Konsums zugunsten eines höheren künftigen Konsums das einzige Motiv für die vermehrte Investition auf dem Sektor der Schwerindustrie darstellt. Zwei weitere Motive dürften eine mindestens ebenso gewichtige Rolle spielen: Einmal das nationale Prestige; wie alle führenden Gruppen denken auch die führenden Menschen in der Sowjetunion ziemlich nationalistisch. Die Statistik der schwerindustriellen Produktion ihres Landes, verglichen mit der Amerikas, Englands usw., ist für sie daher ein Gradmesser, an dem sie voller Stolz die Leistung ihres Landes ablesen können. Daß diese Produktionssteigerung nicht mit einer entsprechenden Hebung des Wohlergehens der Bevölkerung verbunden ist, läßt sich ja unmittelbar aus Statistiken nicht erkennen. Außerdem aber bildet die Schwerindustrie bekanntlich die Basis für die Rüstungsindustrie. Wenn nun aber auch der Überfall *Hitlers*

auf die Sowjetunion eine Art „Rechtfertigung“ für *Stalins* forcierte Rüstung darstellte, so ist die Fortsetzung der gewaltigen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion nach 1945 zum Teil wohl aus ihrem Bedürfnis nach Sicherung ihrer Macht in den neu erworbenen Gebieten zu erklären, denn an einen Angriff von außen war, nach dem abschreckenden Beispiel *Hitlers*, bei den vernünftiger denkenden, von parlamentarischer Zustimmung abhängigen demokratischen Staaten nicht zu denken. Die Aufrechterhaltung der Kriegspsychose freilich diente *Stalin* (wie *Hitler*) zur Rechtfertigung der Aufrechterhaltung seiner absoluten unfreiheitlichen Herrschaft. Er war daher im Grunde auch gar nicht böse, wenn aus kapitalistischen Ländern feindselige Stimmen herüber-tönten. Im Gegenteil, er verbreitete sie geflissentlich, um in der Bevölkerung Verständnis für weiteren Konsumverzicht und vermehrte Rüstung zu bewirken. Wie im Falle *Kirow* sollte auch hier die manipulierte Volksmeinung die Maßnahmen des Diktators gutgläubig unterstützen. In Wahrheit diente die Rote Armee nicht nur zur Unterdrückung der im Zuge des zweiten Weltkriegs hinzugewonnenen Länder, sondern zugleich auch zur Unterdrückung des eigenen Volkes. *Friedrich Engels* hat schon vor 80 Jahren in bezug auf das damalige Rußland sehr richtig gesehen:

„Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der andern bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst. Solange russische Soldaten in Polen stehn, kann das russi-

sche Volk sich weder politisch noch sozial befreien . . .“

(Aus „Volksstaat“ vom 11. 6. 1874.)

Obgleich also in der Sowjetunion das Privateigentum an den Produktionsmitteln liquidiert worden ist, herrscht nach wie vor eine starke soziale und politische Ungleichheit und wird die Wirtschaftspolitik von den Sonderinteressen einer kleinen Führungsschicht zumindest sehr stark beeinflusst, wenn nicht gar bestimmt. Die fehlende demokratische Kontrolle von unten zerstört also notwendig auch den Sozialismus, für dessen Aufbau zwar Ansatzmöglichkeiten in der Sowjetunion gegeben waren, der aber nur „nominell“ realisiert worden ist. Ausbeuterische Macht braucht sich eben nicht immer auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu stützen, sie kann auch aus der bürokratischen *Verfügung* über die Produktion hervorgehen.

Das Monopol auf die Massenbeeinflussungsmittel dient — wie im Falle der fehlenden Demokratie — dazu, den nichtvorhandenen Sozialismus und die abwesende soziale Gerechtigkeit in der Phrase vorzutäuschen und diese Phrase allen Angehörigen der Gesellschaft einzuhämmern. Der nur in Worten bestehende sowjetische Halb-Sozialismus hat aber der Sache des wirklichen Sozialismus in der ganzen Welt unermesslichen Schaden zugefügt. Zumal sich — bis vor einem Jahre — die KPdSU als unfehlbare und über alle Kritik erhabene Führerin der Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt ausgab und das sowjetische Modell für allgemeinverbindlich und alleinseligmachend hielt.

Nachdem *Chruschtschow* auf dem XX. Parteitag der KPdSU verschiedenartige Wege zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern zugestanden hat, ist — freilich wiederum nur formell und in Worten — dieser Führungsanspruch aufgegeben, und der Weg Sowjetrußlands kann als eine historisch bedingte Sonderform der Entwicklung zum Sozialismus angesehen werden, die nicht mehr Vorbildcharakter besitzt. *Genau das aber hat Rosa Luxemburg schon vor 39 Jahren gefordert.* Gerade angesichts dieser jüngsten Korrekturen am stalinistischen Weltbild gewinnen deshalb die Ausführungen *Rosa Luxemburgs* ein erneutes Interesse. Mögen sie teilweise veraltet und durch die Entwicklung überholt sein, soweit sie programmatischen Charakter trugen — als Analyse des verhängnisvollen Grundfehlers am Beginn des Weges, der zum Stalinismus geführt hat, verdienen sie noch heute unsere höchste Aufmerksamkeit. Die Behauptung von *Fred Oelßner*, „die Geschichte habe nicht *Rosa Luxemburg*, sondern den Bolschewiki *Lenin* und *Stalin* recht gegeben“ (S. 184), kann man — wenn man nicht in einen platten Pragmatismus verfallen will — nicht ohne weiteres hinnehmen. Gewiß, die Bolschewiki, oder vielmehr die kleine Gruppe von Stalinisten, die von ihnen übrig blieb, haben sich an der Macht gehalten; gewiß, die Liquidierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist verwirklicht worden; aber ebenso gewiß ist auf diesem Wege gerade das verlorengegangen, um das es der großen Sozialistin *Rosa Luxemburg* ging: der wirkliche Sozialismus und die effektive Demokratie.

ZU ROSA LUXEMBURGS KRITIK

Der polnische Marxist *Julian Hochfeld* meint in seiner Einleitung zu *Rosa Luxemburgs* Schrift über die russische Revolution: „Zwei Ideen *Rosa Luxemburgs* sind für uns heute von besonderem Interesse. Wir meinen erstens den Gedanken von der unvermeidlichen Degeneration der sozialistischen Revolution, wenn in ihrem Verlauf Recht, Freiheit und demokratische Garantien vernichtet oder auch nur stark beschränkt werden. Zweitens ist es der Gedanke, daß es schädlich sei, der internationalen Arbeiterklasse die Erfahrungen der ersten siegreichen proletarischen Revolution als Muster für die revolutionäre Strategie und Taktik vorzuschlagen, einer Revolution, die unter den besonderen Bedingungen eines rückständigen, isolierten und in spezifischen Schwierigkeiten steckenden Landes durchgeführt wurde. Diese Ideen haben unveränderte Gültigkeit und sind von brennender Aktualität“ (Vorabdruck in „*Po prostu*“, Nr.7, 1957). *Rosa Luxemburg* gehörte mit *Karl Liebknecht* zum linken, revolutionären Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Bekanntlich hat sie 1918 an der Gründung des Spartakusbundes, der späteren KPD, einen entscheidenden Anteil gehabt. Um so schwerer wiegt die sachliche und fundierte Kritik, die sie schon früh an *Lenins* Konzeption der Partei neuen Typs und an dessen Auffassung von der „Diktatur des Proletariats“ geübt hat. Diese Kritik erfolgte nicht im Namen oder im Interesse einer reaktionären, sozialismusfeindlichen Gruppe, sondern aus der brennenden Sorge um die praktischen Auswirkungen von

Maßnahmen, die jede effektive Kontrolle der Massen über die Führungsorgane und damit jede wirkliche Demokratie in der Partei und in der Gesellschaft zerstören mußten.

STRUKTUR UND FUNKTION DER PARTEI

Rosa Luxemburg hat nicht erst in ihrer nachgelassenen Schrift von 1918 Kritik an den Prinzipien der Bolschewiki geübt. Ihre erste kritische Äußerung geht auf das Jahr 1904 zurück. Damals hat sie in einem Aufsatz über „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ die von *Lenin* in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ entwickelte Konzeption der Partei neuen Typs prinzipiell kritisiert: „Das uns vorliegende Buch des Genossen *Lenin*, eines der hervorragenden Leiter und Streiter der „Iskra“, . . . ist die systematische Darstellung der Ansichten der *ultrazentralistischen* Richtung der russischen Partei. Die Auffassung, die hier in eindringlicher und erschöpfender Weise ihren Ausdruck gefunden hat, ist die eines rücksichtslosen Zentralismus, dessen Lebensprinzip einerseits die scharfe Heraushebung und Absonderung der organisierten Trupps der ausgesprochenen und tätigen Revolutionäre von dem sie umgebenden, wenn auch unorganisierten, aber revolutionär-aktiven Milieu ist und andererseits die straffe Disziplin und die direkte, entscheidende und bestimmende Einmischung der Zentralbehörde in alle Lebensäußerungen der Lokalorganisationen der Partei“. Gegen diese ultrazentralistische Auf-

fassung von der Funktion der Partei und ihrer Führung wendet sich *Rosa Luxemburg* im Namen einer lebendigen historischen Auffassung vom Wesen der Organisation der revolutionären Arbeiterklasse. Denn „die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaft, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist. In dieser Beziehung schafft die Sozialdemokratie einen ganz anderen Organisationstypus als die früheren sozialistischen Bewegungen, zum Beispiel des jakobinisch-blanquistischen Typus“. Sie wirft *Lenin* vor, daß er eine Konzeption vertrete, die sehr stark an der jakobinischen Diktatur der französischen Revolution orientiert sei, so habe *Lenin* ja selbst den Sozialdemokraten als „den mit der Organisation des klassenbewußten Proletariats unzertrennlich verbundenen Jakobiner“ bezeichnet. Wenn übrigens *Lenin* in seiner Antwort auf *Rosa Luxemburgs* Kritik (abgedruckt in *Rosa Luxemburg*, „Ausgew. Reden und Schriften“, Bd. I, S. 23 ff.) hierauf erwidert, es handele sich lediglich um eine historische Analogie, die außerdem zuerst von *Axelrod* und nicht von ihm aufgebracht worden sei; es gehe also nur darum, das Verhältnis von Menschewisten und Bolschewisten analog zu dem von Gironde und Montagne bzw. Jakobinern zu verstehen, keineswegs aber darum, die Bolschewisten mit den Jakobinern zu identifizieren, so macht er sich seine Verteidigung zu leicht. *Rosa Luxemburg* hatte ja aus den konkreten Vorschlägen zur Parteiorganisation und aus *Lenins* Vorstellungen über das Ver-

hältnis von Partei und Klasse bereits auf *Lenins* „jakobinische“ Einstellung geschlossen und in der zitierten Formel nur eine ausdrückliche Bestätigung ihres Verdachtes erblickt. Worum es ihr vor allem geht, das ist eine neue, dem historischen Entwicklungsstand entsprechende Auffassung auch der *Organisationsfragen*, in denen *Lenin* im Grunde äußerst konservativ war. Es kann sich ihrer Meinung nach nicht darum handeln, die Partei und die Klasse zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand einer allmächtigen zentralen Führung zu machen, wie das *Lenin* letztlich gewollt hat, sondern sie fordert einen ständigen lebendigen Austausch zwischen Klasse, Partei und Führung der Partei, eine unmittelbare Beteiligung der Massen an der gemeinschaftlichen revolutionären Aktion. Die sozialdemokratische Aktion „wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente, wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses.“ *Lenins* Auffassung lief — ohne daß er es vielleicht selbst genau wußte — darauf hinaus, einem „Generalstab der Bürgerkriegsarmee“ die proletarischen Truppen genau so gefügig und gehorsam auszuliefern, wie das in den regulären bürgerlichen Armeen der Fall war. *Rosa Luxemburg* war aber der Meinung, „daß die sozialdemokratische Zen-

tralisation nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer ihrer Zentralgewalt basieren kann und daß andererseits zwischen dem bereits in festen Parteikadern organisierten Kern des klassenbewußten Proletariats und den vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozeß der Klassenaufklärung befindlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden kann. Die Aufrichtung der Zentralisation in der Sozialdemokratie auf diesen zwei Grundsätzen — auf der blinden Unterordnung aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der schroffen Abgrenzung des organisierten Kerns der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von *Lenin* verfochten wird, erscheint uns deshalb als eine *mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen.*“ In seiner Verteidigung weist *Lenin* darauf hin, daß er auf dem 2. Parteitag in London 1903 gar nicht einen ultrazentralistischen Standpunkt eingenommen habe, sondern für eine mittlere Position eingetreten sei, während gerade typische Menschewiken für sie gestimmt hätten. Es muß aber doch zugegeben werden, daß *Lenin* bereits in seiner Schrift „Was tun?“ (1903) einen stark zentralistischen und antidemokratischen Standpunkt vertreten hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur daran, daß *Lenin* dort davon spricht, „*daß der breite Demokratismus*“ der Parteiorganisation in der

Finsternis der Selbstherrschaft, wo die Gendarmen es sind, die eine Auslese vornehmen, *nur eine leere und schädliche Spielerei wäre*“ (Ausgew. Werke, Bd. I, S. 291). Wenn sich an dieser Stelle *Lenin* auch gleichsam für den fehlenden Demokratismus mit einem Hinweis auf die Verhältnisse im zaristischen Rußland entschuldigt, so hat er damals doch die Organisationsprinzipien einer Partei neuen Typs entworfen, die im wesentlichen bis heute gültig geblieben sind und doch wohl zum Teil für das Fehlen echter, lebendiger Demokratie in Partei und Staat verantwortlich gemacht werden müssen.

Den gleichen Konservativismus, das gleiche unhistorische Denken wirft *Rosa Luxemburg* *Lenin* aber auch noch in einer anderen Hinsicht vor. *Lenin* betont immer wieder den großen Wert der *Disziplin* und weist darauf hin, daß die Proletarier schon durch ihre Arbeit in der Fabrik „für Disziplin und Organisation reif“ gemacht werden, während die bürgerlichen Intellektuellen, die zur Partei stoßen, durch ihre mangelnde Diszipliniertheit gekennzeichnet seien. Dazu merkt *Rosa Luxemburg* an: „Die ‚Disziplin‘, die *Lenin* meint, wird dem Proletariat keineswegs bloß durch die Fabrik, sondern auch durch die Kaserne, auch durch den modernen Bürokratismus, kurz — durch den Gesamtmechanismus des zentralisierten bürgerlichen Staates eingeprägt. Doch ist es nichts als eine mißbräuchliche Anwendung des Schlagworts, wenn man gleichmäßig als ‚Disziplin‘ zwei so entgegengesetzte Begriffe bezeichnet, wie die Willen- und Gedankenlosigkeit einer vielbeinigen und vielarmigen Fleischmasse, die nach dem Taktstock mechanische

Bewegungen ausführt, und die freiwillige Koordinierung von bewußten politischen Handlungen einer gesellschaftlichen Schicht . . .“*) Auch gegen diese Kritik hat sich *Lenin* verteidigt und betont, daß er zwischen dem Kadavergehorsam der zaristischen Kasernenhöfe und der freiwilligen Disziplin politischer Kämpfer wohl zu unterscheiden wisse. Die historische Entwicklung freilich hat nicht *Lenins* subjektiven Absichten, sondern den Befürchtungen recht gegeben, die *Rosa Luxemburg* auf Grund der Analyse der objektiven Ansätze zur Unfreiheit in den Organisationsprinzipien der *Lenin'schen* Partei formulierte. Unter der Führung der KPdSU hat sich die Sowjetunion zu einem Staat entwickelt, in dem das Prinzip der militärischen Disziplin bis zu einer Reihe von Erscheinungen weitergetrieben wurde, die zaristischen Institutionen zumindest sehr ähnlich sehen. Was z. B. würde *Lenin* zur Einführung von Schüleruniformen und Kadettenanstalten gesagt haben, die ihm als verabscheuungswürdige Zeichen der Sklaverei galten? Was zu einer allmächtigen Bürokratenherrschaft, gegen deren schlimmste Auswüchse die Sowjetunion von ihrer Entstehung an immer wieder vergeblich an-

*) Den gleichen Gedanken hat *Rosa Luxemburg* auch in einem Artikel aus dem Jahre 1914 entwickelt: „Zwischen unserer sozialdemokratischen Disziplin und der Fabrik- oder Militärdisziplin besteht ein direkter Gegensatz im Wesen und in den Wurzeln. Die militärische sowie die kapitalistisch-industrielle Disziplin beruhen auf dem äußeren Zwang, die sozialdemokratische auf freiwilliger Unterordnung, die ersteren dienen der Despotie einer Minderheit über die Volksmasse, die letztere dient der Demokratie, das heißt dem Willen der aufgeklärten Volksmassen gegenüber dem einzelnen.“ („Ausgew. Reden und Schriften“, Bd. II, S. 513).

kämpfte? Die objektive Logik der Geschichte hat die Bedenken *Rosa Luxemburgs* nur allzusehr bestätigt, und *Lenins* Hoffnung, man werde später den fehlenden Demokratismus schon noch nachholen können, zunichte gemacht. Der einmal eingeschlagene Weg mußte bis zu Ende gegangen werden. Es ist daher auch kein Zufall, daß sich schon bei *Lenin* der „Führergedanke“ findet, von dem die KPdSU auf dem XX. Parteitag offiziell abgerückt ist. In „Der linke Radikalismus — die Kinderkrankheit im Kommunismus“ schreibt *Lenin*: „Jedermann weiß, ... daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder *festen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten*, auf die verantwortungsvollsten Posten gewählten *Personen geleitet werden, die man Führer nennt*. Das alles ist eine Binsenwahrheit.“ Anschließend beschreibt dann *Lenin* den Gegensatz zwischen Arbeiterführern und Werktätigen, der sich — seiner Meinung nach — in der Zweiten Internationale entwickelt hat, um sich dann mit allem Nachdruck dagegen zu verwahren, daß ein derartiger Gegensatz von Führer und Massen auch anderswo — z. B. in der Sowjetunion — bestehen könnte: „Sich aus diesem Anlaß bis zur Gegenüberstellung der Diktatur der Massen und der Diktatur der Führer überhaupt zu versteigen, ist ein lächerlicher Unsinn und eine Dummheit.“ (Ausgew. Werke, Bd. II, S. 690.) Angesichts der von *Stalin* begangenen Verbrechen wird man sich fragen müssen, ob es nicht umgekehrt eine

Dummheit und noch Schlimmeres wäre, wenn man dessen Taten den Massen der sowjetischen Bevölkerung zurechnen wollte!

Zum Abschluß ihres Artikels faßt *Rosa Luxemburg* noch einmal sehr anschaulich ihren Grundgedanken zusammen:

„In diesem ängstlichen Bestreben eines Teiles der russischen Sozialdemokraten, die so hoffnungsvoll und lebensfreudig aufstrebende russische Arbeiterbewegung durch die Vormundschaft eines allwissenden und allgegenwärtigen Zentralkomitees vor Fehlritten zu bewahren, scheint uns . . . derselbe *Subjektivismus* mitzureden, der schon öfters dem sozialistischen Gedanken in Rußland einen Possen gespielt hat . . . Das von dem russischen Absolutismus ekrasierte, zermalmte Ich nimmt dadurch Revanche, daß es sich für allmächtig erklärt — als ein Verschwörerkomitee im Namen eines nichtexistierenden ‚Volkswillens‘ . . . Endlich erscheint auf der Bildfläche als ein noch legitimeres Kind des Geschichtsprozesses — die russische Arbeiterbewegung, die den schönsten Anlauf nimmt, zum erstenmal in der russischen Geschichte nun wirklich einmal einen Volkswillen zu schaffen. Jetzt aber stellt sich das ‚Ich‘ des russischen Revolutionärs schleunigst auf den Kopf und erklärt sich wieder einmal für einen allmächtigen Lenker der Geschichte — diesmal in der höchsteigenen Majestät eines Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Der kühne Akrobat übersieht dabei, daß das einzige Subjekt, dem jetzt die Rolle des Lenkers zugefallen, das *Massen-Ich* der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteift, eigene Fehler machen und selbst

historische Dialektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehlritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘.“

Das Vertrauen zu dem erwachenden politischen Bewußtsein der Massen, die Überzeugung, daß von den Massen selbst gemachte Erfahrungen der beste Weg zur politischen Reife sind, zeichnet den Standpunkt *Rosa Luxemburgs* auch heute noch gegenüber dem Mißtrauen aus, das z. B. die Führer der KPdSU den nichtrussischen Arbeiterbewegungen entgegenbringen, die es unternehmen, ihren eigenen Weg zu suchen. Marschall *Tito* hat sich im Fall der antistalinistischen Bewegung in Ungarn den Standpunkt *Rosa Luxemburgs* zu eigen gemacht und betont, daß die Erfahrung eines revolutionären Rückschlags für die aufständischen Arbeiter und Intellektuellen, die die einzigen Träger der Bewegung in Ungarn waren, jedenfalls wertvoller und heilsamer gewesen wäre, als es die Niederschlagung der Bewegung (die womöglich irrte) durch eine fremde Militärmacht war. Wenn man eine Analogie aus dem Bereich der Erziehungswissenschaft haben will, so könnte man sagen, daß *Rosa Luxemburg* auf dem Standpunkt einer fortschrittlichen Pädagogik stand, während die KPdSU mit Hilfe der Roten Armee in Ungarn eine brutale Prügelpädagogik angewandt hat, die gewöhnlich das Gegenteil von dem beabsichtigten Erfolg zu haben pflegt.

WAS HEISST DIKTATUR DES PROLETARIATS?

Mit *Rosa Luxemburgs* Kritik am Ultrazentralismus der Partei *Lenins* hängt unmittelbar auch ihre Kritik an dessen Auffassung vom Wesen der Diktatur des Proletariats zusammen. In „Staat und Revolution“ hat *Lenin* eine klare Definition der Diktatur des Proletariats gegeben: Sie ist für ihn „die Organisierung der *Avantgarde* der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrückter“. (Ausgew. Werke, Bd. II, S. 225.)

Damit ist bereits an die Stelle einer Diktatur der *Klasse* die Diktatur der *Partei* getreten, aber dabei bleibt *Lenin* nicht stehen. In „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ schreibt er: „Es besteht nicht der geringste prinzipielle Widerspruch zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der *Anwendung der diktatorischen Macht einzelner Personen*.“ (Ausgew. Werke, Bd. II, S. 384.) Einen Unterschied zwischen einer bürgerlichen und der proletarischen Diktatur erblickt *Lenin* nur darin, daß die bürgerliche Diktatur sich gegen die Werktätigen, die proletarische gegen die Bourgeoisie richtet. Daß sich die Struktur, das Wesen der Diktatur selbst ändern muß, wenn es sich um die „Herrschaft der überwältigenden Mehrheit über die verschwindende Minderheit“ handelt, wird von ihm ignoriert. Er erwägt nicht die Möglichkeit, daß — auf Grund des bekannten dialektischen Gesetzes — hier Quantität in Qualität umschlagen, und die proletarische Diktatur auch in ihren Erscheinungsformen der bürgerlichen völlig entgegengesetzt sein muß.

Es zeigt sich hierin die gleiche Grundeinstellung, die *Lenin* zu einem starken Zentralismus und einer dem militärischen Bereich entnommenen Disziplin als sicherstem Mittel zur Organisation des Proletariats greifen ließ. Nicht die Massen unter Anleitung und Hilfe durch *ihre* Führer sollen herrschen, sondern eine Führungsgruppe, die von Fall zu Fall — nach ihrem Gutdünken (?) — die Massen „heranzieht“. *Paul Levi* hat in seiner ersten (unvollständigen) Ausgabe von *Rosa Luxemburgs* Schrift diesen *Lenin*-schen Sprachgebrauch näher untersucht. Er meint: Für *Lenin* „zerfällt das Proletariat ganz offenbar in zwei scharf getrennte Teile: den einen, der ‚heranzieht‘, den anderen Teil, der ‚herangezogen‘ wird, und die Verbindung zwischen diesen beiden Teilen ist, wie das Bild des Heranziehens oder das so häufig gebrauchte Bild des ‚Hebels‘ zeigt, dem Gebiete der *Mechanik* entnommen. Für *Lenin* sind beide Teile einer getrennten Existenz fähig: die Vorhut des Proletariats, die das Sowjetsystem geschaffen hat und es trägt, kann leben und existieren und kann das Sowjetsystem weitertragen, bis die große Masse von der ihr gebotenen ‚Möglichkeit‘ Gebrauch macht, durch ‚Erfahrung gelernt hat‘, in jenen ‚ihre zuverlässigsten Führer‘ zu erblicken; die breite Schicht der Ausgebeuteten und Unterdrückten, Gros und Nachhut, das Objekt, an dem der ‚Hebel‘ angesetzt wird, an dem die Hebelkünste erwiesen werden bis zu dem Tage, an dem sie den Segen der von ihnen im Sowjetsystem gebotenen ‚Möglichkeiten‘ und die treue Vorsorge ihrer ‚zuverlässigsten Führer‘ erkennen und in eine Linie einrücken mit dem, was bisher die Vorhut war.

Wie eine treue Mutter hat die Vorhut im Sowjetsystem ein Hemd zurechtgemacht, sie wartet — geduldig oder ungeduldig —, bis das Kind das Hemd tragen kann. Solange das nicht ist, bleibt trotzdem Mutter Mutter und Hemd Hemd, Vorhut Vorhut und Sowjetsystem Sowjetsystem.“ (*Rosa Luxemburg*, „Die russische Revolution“, herausgegeben und eingeleitet von *Paul Levi*, 1922, S. 29.)

Die starre, mechanistische Auffassung von der Beziehung zwischen der Avantgarde und dem Gros der Arbeiterklasse, die für *Lenin* charakteristisch ist, hat schon sehr bald zu schwerwiegenden und gefährlichen Erscheinungen geführt. Ein Symptom und mehr als ein Symptom für den Gegensatz, der sich zwischen der Führung der KPdSU einerseits und dem fortgeschrittensten Teil der revolutionären Massen andererseits entwickelt hatte, war der Kronstadter Aufstand vom März 1921. In der offiziellen stalinistischen Geschichtsschreibung erscheint der Kronstadter Aufstand als ein Machwerk einiger Zarenoffiziere mit Unterstützung französischen Kapitals. Es leuchtet ein, daß diese Behauptung eine Verleumdung der Kronstadter Matrosen und Arbeiter darstellt, die eine Kerntruppe der Oktoberrevolution waren und unter denen die besten revolutionären Traditionen lebendig waren. Die gegen die Kronstadter Aufständischen gerichteten Verleumdungen liegen auf einer Ebene mit den heute kursierenden Darstellungen der polnischen Oktoberrevolution unter *Wladyslaw Gomulka* und der ungarischen Revolution unter Führung marxistischer Intellektueller und sozialistischer Arbeiter. Der Mut zur Selbstkritik ist in den stalinistischen Parteien so

gering, daß man es sich nicht einzugestehen wagt, daß Arbeiter und Sozialisten gegen die Parteidiktatur im Namen des Sozialismus und der Freiheit und nicht als Söldner von Kapitalisten aufgestanden sind. Der wirkliche Charakter des Kronstadter Aufstands, den *Rosa Luxemburg* sozusagen bereits kommen sah, geht aus dem Programm der Aufständischen am eindeutigsten hervor, in dem es u. a. heißt: „In Anbetracht dessen, daß die jetzigen Sowjets nicht mehr den Willen der Arbeiter und Bauern widerspiegeln, sollen die Sowjets sofort wiedergewählt werden, auf Grund geheimer Abstimmung und freier Agitation aller Arbeiter und Bauern. Freiheit der Schrift und des Wortes für Arbeiter und Bauern, für Anarchisten und linkssozialistische Parteien. Freiheit der Gewerkschaften und Bauernbünde. Befreiung aller gefangenen Sozialisten, auch aller Arbeiter und Bauern, die aus ihren Bewegungen heraus verhaftet worden sind. Abschaffung aller kommunistischen Propaganda-Abteilungen in der Armee, da keine Partei in der Propaganda bevorzugt sein und vom Staate Mittel dafür bekommen darf. Gleichstellung der Rationen für alle Werktätigen. Volles Verfügungsrecht der Bauern über den Boden, sofern sie nicht fremde Arbeitskraft benutzen.“ (Zitat nach Rosenberg, „Geschichte des Bolschewismus“, S. 15.)

Das Programm fordert also eine Rückkehr zum System der freien *Sowjets*, die zu Beginn der Revolution überall spontan entstanden waren und Organe einer wirklichen, breiten Demokratie — wenigstens unter den Fabrikarbeitern und Soldaten — darstellten. Diese Organe hatten durch das schrittweise Verbot

aller von den Bolschewiki abweichenden sozialistischen Strömungen und Gruppen schließlich ihren demokratischen Charakter verloren, weil keine wirkliche Wahl zwischen Anhängern verschiedener Auffassungen mehr möglich war. Die Kronstädter fordern also Wiederherstellung echter Demokratie und politische Freiheit, allerdings — und das muß hier nachdrücklich betont werden — nur für sozialistische Parteien und Gruppen. Es ist also eine böswillige Verleumdung, wenn von konterrevolutionären Umtrieben der Aufständischen gesprochen wird.

Der Kronstadter Aufstand wurde blutig niedergeschlagen und damit *das erste Beispiel eines massenhaften Terrors einer sozialistischen Regierung gegen Sozialisten* gegeben. Der 17. Juni 1953 und die Ereignisse in Polen und Ungarn im vergangenen Jahre stehen in der Kronstadter Tradition. Sie sind sämtlich entstanden, weil die kommunistische Partei nicht (oder nicht mehr) den Willen der werktätigen Massen zum Ausdruck brachte. Weil sie sich hoffnungslos isoliert hatte und durch eine tiefe Kluft von den Massen getrennt war. Eine Kluft, die nicht durch bloße Worte überbrückt werden kann, sondern ausschließlich durch eine grundlegende Strukturwandlung der Partei und ihrer Organisationsform; durch Einführung effektiver demokratischer Wahlen und Kontrollmöglichkeiten. *Lenin* hat einmal gesagt — und die Mitgliedsbücher der KPD enthielten seinen Ausspruch als Mahnung —: „Die Partei kann die Klasse nicht führen, wenn sie nicht mit den parteilosen Massen verbunden ist, wenn es keinen Zusammenschluß zwischen der Partei und den parteilosen

Massen gibt, wenn diese Massen ihre Führung nicht akzeptieren, wenn die Partei bei den Massen keinen moralischen und politischen Kredit hat.“ Gewiß — führen kann die Partei dann nicht — aber herrschen. Und diese Umwandlung einer Partei, die das Proletariat in dessen eigenem Interesse *anführte*, in eine Partei, die in ihrem eigenen Sonderinteresse *über das Proletariat herrscht*, ist nicht zuletzt auf *Lenins* Organisationsprinzip zurückzuführen.

Rosa Luxemburg hat sich zur Diktatur des Proletariats bekannt. Sie war keine Anhängerin eines extremen Legalismus und bloß parlamentarischer Aktionen. Aber sie verstand unter der Diktatur des Proletariats wirklich die Herrschaft der Klasse, nicht die einer selbsternannten Elite, die im Namen der mißbrauchten Klasse herrscht. „Diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, *der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen*, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.“ Wieviel Leid wäre den Völkern der Sowjetunion und dem sowjetischen Proletariat erspart geblieben, wenn die KPdSU eine Diktatur des Proletariats nach diesem Muster errichtet hätte! Gewiß, *Rosa Luxemburg* hatte nicht die Möglichkeit, ihre Gedanken zu verwirklichen. Sie gehörte nicht zu den Führern der KPdSU, und sie wurde ermordet, als das Schicksal der deutschen Revolution noch nicht entschieden war. Aber es wäre doch brutaler Pragmatis-

mus, wenn wir allein denjenigen recht geben wollten, die die Sowjetunion auf einen zwar äußerlich erfolgreichen, aber doch auch höchst dornenvollen und bedenklichen Weg geführt haben.

ZUR BEURTEILUNG DER OKTOBERREVOLUTION

Die beiden Maßnahmen *Lenins*, die *Rosa Luxemburg* vor allem einer Kritik unterzog, waren einmal die Auflösung der Konstituante im Januar 1918 und zum anderen die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern. Durch die erste Maßnahme glaubte sie die Demokratie, durch die zweite den Sozialismus gefährdet.

Sie war überzeugt — und hat sich nicht getäuscht —, „daß ohne freie ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist“. Sie hat vorausgesehen, daß nach Zerstörung der Konstituante auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen mußte, daß „ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf das Leben in jeder öffentlichen Institution erstirbt...“ und schließlich „die Bürokratie allein das tätige Element bleibt“. Sie hat damit schon in den ersten Anfängen der Sowjetmacht die Keime zu jenem Prozeß der Entartung gesehen, der schließlich zum Stalinismus geführt hat, der nichts anderes als der Ausdruck der bürokratischen Minderheitsherrschaft einer neuen Oberschicht war. So erscheint die Sowjetunion heute als „ein Staat, der den Willen des

Volkes immer kennt, schon bevor er das Volk befragt hat“ (*Kolakowski*), und der deshalb das Volk gar nicht wirklich zu befragen braucht. Ein Staat, der auf die heilsam-reinigende Wirkung von Freiheit und freier Kritik verzichtet hat und dessen Führer sich dann noch wundern, wenn es zu ungeheuerlichen Grausamkeiten und Ungesetzlichkeiten kommt. Ein Staat, in dem Freiheit und Demokratie in Worten bekannt werden, in dem aber niemand eine andere Meinung von beiden haben darf, als die herrschende Macht. Worauf *Rosa Luxemburg* schon im voraus die Antwort gegeben hat, indem sie schrieb: „*Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden.*“

Die Sowjetunion ist weiter ein Staat, in dem die Vernunft zwar gepriesen aber nicht befragt werden darf, weil man im voraus bestimmt, wie ihre Antwort auszusehen hat. Worauf übrigens *Immanuel Kant* schon im voraus erwidert hat, daß „es sehr etwas Ungereimtes ist, von der Vernunft Aufklärung zu erwarten und ihr doch vorher vorzuschreiben, auf welche Seite sie notwendig ausfallen müsse“! Problematischer ist *Rosa Luxemburgs* Kritik an der Bauernpolitik *Lenins*. *Julian Hochfeld* weist sie denn auch in seiner bereits erwähnten Einleitung zurück. Die von ihr vorgeschlagene sofortige Umwandlung der ehemals adligen Großgüter in Staatsbetriebe hätte gewiß nicht die Zustimmung der russischen Bauern gefunden und damit die Revolution unmöglich gemacht. Aber dennoch hat sie auch mit dieser

Kritik einen wunden Punkt getroffen. Daß in der Sowjetunion ein großer Interessengegensatz zwischen den bäuerlichen Kleineigentümern und den eigentumslosen Industriearbeitern entstand, läßt sich nicht leugnen, auch wenn dieser reale Gegensatz ideologisch aus der Welt geschafft wurde. Aber noch so viele Beteuerungen von der Einheit der Interessen der Arbeiter und Bauern konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein unausgetragener Konflikt lag. Die Sowjetunion wurde — wie *Arthur Rosenberg*, der bedeutendste marxistische Historiker Deutschlands, prägnant formuliert hat „ein staatskapitalistisches Land der Arbeiter und Bauern, wobei die regierende Bürokratie die beiden grundlegenden Klassen der Gesellschaft zusammenhält“ (*A. Rosenberg*, „Geschichte des Bolschewismus“, Berlin 1932, S. 228). Gerade die fehlende Übereinstimmung der Interessen von Arbeitern und Bauern, der unvermeidliche Gegensatz zwischen diesen beiden Klassen und die hartnäckige Opposition, die von seiten der Bauern geübt wurde, beschleunigten und rechtfertigten aber den Aufbau einer bürokratischen Apparatsdiktatur, die zunächst im Namen des Proletariats über die Bauern, schließlich in ihrem eigenen Namen über Proletariat und Bauern herrschte. Solange es nicht gelang, die Masse der Bauern wirklich für den Sozialismus zu gewinnen, war an eine sozialistische Gesellschaft nicht zu denken. Wie man es anstellen müßte, die Bauern zu gewinnen, darüber gingen die Meinungen auseinander. *N. Bucharin* hat vielleicht die realistischsten Vorstellungen hiervon gehabt. Aber schließlich setzte sich *Stalin* durch, der genau das

machte, was *Rosa Luxemburg* 1918 mit Grauen kommen sah, nämlich *eine gewaltsame „Revolution von oben“*, wofür man früher den Ausdruck *staatlicher Terror* gebraucht hätte. Die verständliche Opposition der bäuerlichen Kleineigentümer wurde mit staatlichen Machtmitteln gebrochen und damit der Sozialismus auf dem Papier verwirklicht. Aber „ein bürokratischer Zwangsapparat, dem die Masse gehorcht, ist mit der sozialistischen Gesellschaft unvereinbar und kann nur als bürgerliche Institution gewertet werden“ (*Arthur Rosenberg*, a. a. O. S. 227). *Lenins* Taktik war 1917 zweifellos die geschickteste. Durch seine Losungen: „Frieden“ und „das Land den Bauern“ hat er die gesamte russische Bevölkerung für die Sache der Bolschewiki momentan gewonnen, aber die elementaren Interessen der neugeschaffenen Schicht bäuerlicher Kleineigentümer standen zu denen des entstehenden und wachsenden Industrieproletariats in Widerspruch. Die NEP war die unvermeidliche Lösung dieses Konfliktes, sie vollzog den Rückzug auf ein halbkapitalistisches Wirtschaftssystem, das dem Entwicklungsstand des Landes entsprach. Die durch den Kriegskommunismus verstimmt Bauern wurden der Sowjetmacht wieder gewonnen. Aber in der Periode der Kollektivierung brachen die alten Gegensätze erneut hervor. Und es hat Millionen Opfer gekostet, ehe die glorreiche „Revolution von oben“ durchgeführt wurde, von der *Stalin* behauptet hat, sie sei „auf Initiative der bestehenden Macht mit Unterstützung der Massen der Bauernschaft“ durchgeführt worden. Trotz aller Gewalttätigkeit und Grausamkeit beim Aufbau des so-

wjetischen Halb-Sozialismus war aber — nach *Rosenberg* — „die bolschewistische Lehre und Methode für das Rußland des Zaren ungeheuer fortschrittlich. Aber sie war reaktionär für die westlichen Industrieländer, wo die bürgerliche Revolution im wesentlichen vollendet ist, wo die Bauern nicht mehr der maßgebende Teil der Volksmasse sind und wo das Proletariat schon gelernt hat, seine Organisationen *selbst* aufzubauen und zu regieren“ (S. 231). Das sowjetische Vorbild kann daher nicht maßgebend sein für die entwickelten Industrieländer des Westens, die ihren eigenen Weg gehen müssen. Dabei aber könnten die Sozialisten aller Länder im guten wie im schlechten von dem sowjetischen Vorbild lernen. „Die Geschichte ist immer die größte Lehrmeisterin der Politik. Die gegenwärtige Zeitgeschichte aber führt einen deutlicheren Anschauungsunterricht als je.“ (*Rosa Luxemburg*, Ausgew. Reden und Schriften, Bd. II, S. 481). *Rosa Luxemburg* gebührt das Verdienst, schon im Keim jene Gefahren erkannt zu haben, die unter *Stalin* zu einer bedrohlichen Wirklichkeit geworden sind. In ihrer Kritik kommt nicht kleinliche Angst und eine „abgeschmackte spießerhafte“ Haltung zum Ausdruck, wie *Stalin* behauptet hat, sondern die Sorge um das Schicksal der lebendigen Menschen, für die ja letztlich der Sozialismus aufgebaut werden soll. Daß es aber *Karl Marx* und dem Sozialismus um den Menschen und sein Schicksal, seine Freiheit, sein Glück geht, das ist heute in der „DDR“ zu *einer verbotenen Wahrheit* geworden, seit man *Ernst Bloch* zum Schweigen verurteilt und *Wolfgang Harich*, auf Grund seines — vielleicht utopischen, aber doch ehr-

lichen — Vorschlags zur Vermenschlichung des Sozialismus in der „DDR“ mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft hat. *Wie schwach muß sich eine angebliche Arbeiter- und Bauernregierung fühlen, wenn sie gegen die theoretische Plattform eines oppositionellen Marxisten sich nur durch ein Zuchthausurteil retten kann!* Nur Stalinisten und Reaktionäre glauben, daß ohne Terror kein Sozialismus möglich sei, — *Rosa Luxemburg* war im Gegenteil davon überzeugt, daß Terror und Sozialismus zwei Dinge sind, die nicht miteinander vereinbart werden können. Wo jedenfalls Terrorurteile gegen Arbeiter und sozialistische Intellektuelle gefällt werden, da kann auch von einer Diktatur des klassenbewußten Proletariats nicht die Rede sein. Mag die Minderheit auch noch so laut schreien, ihre Meinung und ihr Wollen wird dadurch noch lange nicht zum Willen der werktätigen Massen werden.

Berlin, Mai 1957

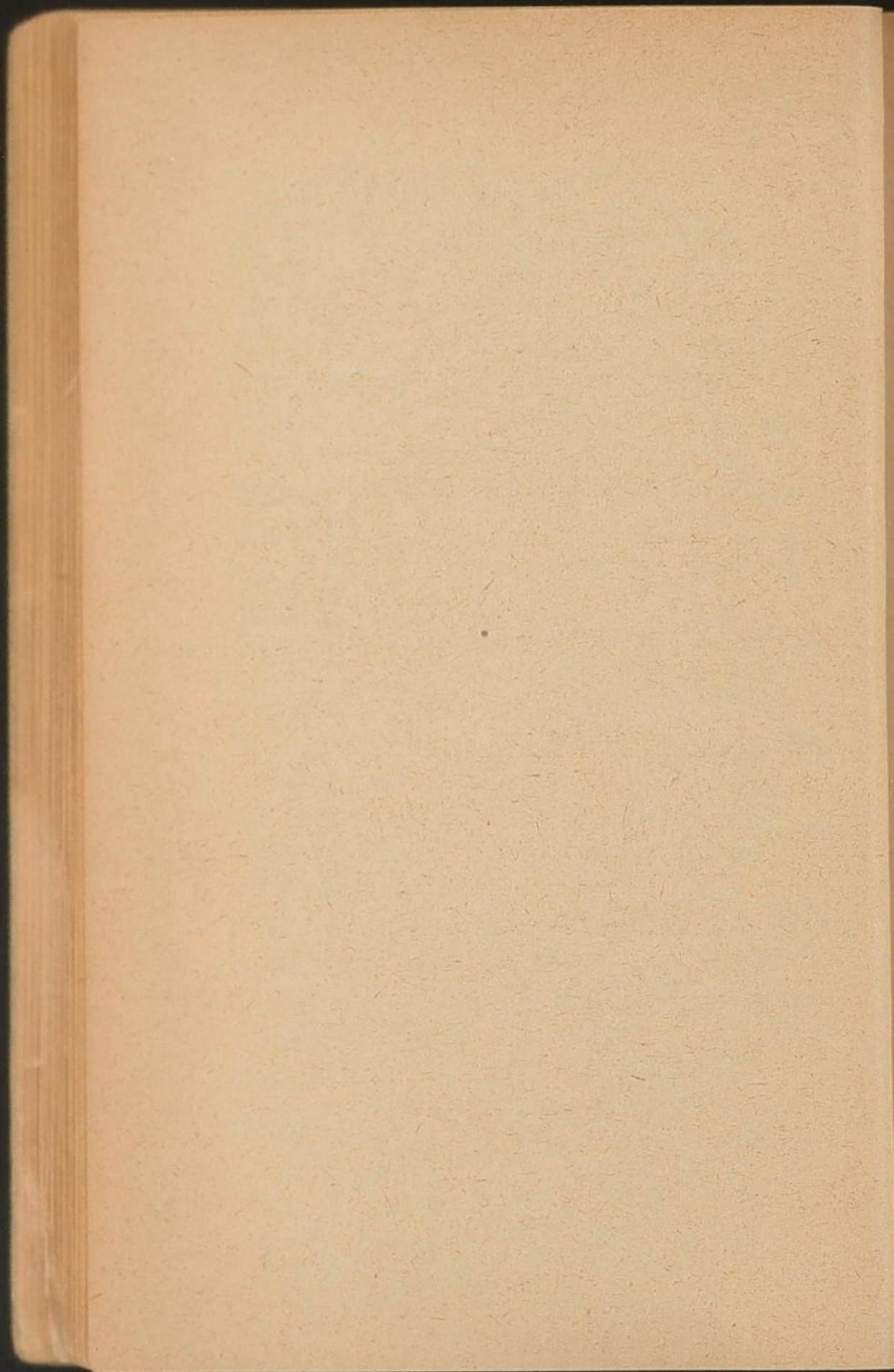
B. K.

LITERATUR:

1. *Rosa Luxemburg*, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, in „Die Neue Zeit“, 22. Jahrg., Stuttgart, 1904, 2. Bd., S. 484—492 und 529—535.
2. *Rosa Luxemburg*, „Die russische Revolution“, eine kritische Würdigung, aus dem Nachlaß herausgegeben und eingeleitet von *Paul Levi*, 1922.
3. *Rosa Luxemburg*, „Ausgewählte Reden und Schriften“, 2 Bände. Berlin 1951.
4. *Fred Oelßner*, „Rosa Luxemburg, eine kritische biographische Skizze“, Berlin 1951.
5. *Leo Trotzki*, „Grundfragen der Revolution“, Hamburg 1923.
6. *W. I. Lenin*, „Sämtliche Werke“, deutsch n. d. 2. russ. Ausgabe, Wien-Berlin, 1929 ff. (die dritte Auflage ist von Stalinisten gefälscht!).
7. *W. I. Lenin*, „Ausgewählte Werke“, 2 Bände, Moskau, 1946.
8. *Josip Broz Tito*, *Edvard Kardelj* usw., „Der sechste Kongreß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“, 1952.
9. *Josip Broz Tito*, „Die Fabriken in Jugoslawien werden von Arbeitern verwaltet“, Belgrad 1950.
10. *Arthur Rosenberg*, „Geschichte des Bolschewismus“, Berlin, 1932.

ROSA LUXEMBURG

DIE RUSSISCHE REVOLUTION



I.

Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges. Ihr Ausbruch, ihr beispielloser Radikalismus, ihre dauerhafte Wirkung strafen am besten die Phrase Lügen, mit der die offizielle deutsche Sozialdemokratie den Eroberungsfeldzug des deutschen Imperialismus im Anfang diensteifrig ideologisch bemäntelt hat: die Phrase von der Mission der deutschen Bajonette, den russischen Zarismus zu stürzen und seine unterdrückten Völker zu befreien. Der gewaltige Umfang, den die Revolution in Rußland angenommen hat, die tiefgehende Wirkung, womit sie alle Klassenverhältnisse erschüttert, sämtliche sozialen und wirtschaftlichen Probleme aufgerollt, sich folgerichtig vom ersten Stadium der bürgerlichen Republik zu immer weiteren Phasen mit der Fatalität der inneren Logik voranbewegt hat – wobei der Sturz des Zarismus nur eine knappe Episode, beinahe eine Lappalie geblieben ist –, all dies zeigt auf flacher Hand, daß die Befreiung Rußlands nicht das Werk des Krieges und der militärischen Niederlage des Zarismus war, nicht das Verdienst „deutscher Bajonette in deutschen Fäusten“, wie die „Neue Zeit“ unter der Redaktion Kautskys im Leitartikel versprach, sondern daß sie im eigenen Lande tiefe Wurzeln hatte und innerlich vollkommen reif war. Das Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus unter dem ideologischen Schilde der deutschen Sozialdemokratie hat die Revolution in Rußland nicht herbeigeführt, sondern nur für eine Zeitlang, anfänglich – nach ihrer ersten steigenden Sturmflut in den Jahren 1911-13 – unterbrochen und dann – nach ihrem Ausbruch – ihr die schwierigsten, abnormalsten Bedingungen geschaffen. Dieser Verlauf ist aber für jeden denkenden Beobachter auch ein schlagender Beweis gegen die doktrinäre Theorie, die

Kautsky mit der Partei der Regierungssozialdemokraten teilt, wonach Rußland als wirtschaftlich zurückgebliebenes, vorwiegend agrarisches Land für die soziale Revolution und für eine Diktatur des Proletariats noch nicht reif wäre. Diese Theorie, die in Rußland nur eine *bürgerliche* Revolution für angängig hält – aus welcher Auffassung sich dann auch die Taktik der Koalition der Sozialisten in Rußland mit dem bürgerlichen Liberalismus ergibt –, ist zugleich diejenige des opportunistischen Flügels in der russischen Arbeiterbewegung, der sogenannten Menschewiki unter der bewährten Führung Axelrods und Dans. Beide: die russischen wie die deutschen Opportunisten treffen in dieser grundsätzlichen Auffassung der russischen Revolution, aus der sich die Stellungnahme zu den Detailfragen der Taktik von selbst ergibt, vollkommen mit den deutschen Regierungssozialisten zusammen: nach der Meinung aller drei hätte die russische Revolution bei jenem Stadium Halt machen sollen, das sich die Kriegführung des deutschen Imperialismus nach der Mythologie der deutschen Sozialdemokratie zur edlen Aufgabe stellte: beim Sturz des Zarismus. Wenn sie darüber hinausgegangen ist, wenn sie sich die Diktatur des Proletariats zur Aufgabe gestellt hat, so ist das nach jener Doktrin ein einfacher Fehler des radikalen Flügels der russischen Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, gewesen, und alle Unbilden, die der Revolution in ihrem weiteren Verlauf zugestoßen sind, alle Wirren, denen sie zum Opfer gefallen, stellen sich eben als ein Ergebnis dieses verhängnisvollen Fehlers dar. *Theoretisch* läuft diese Doktrin, die vom Stampferischen Vorwärts wie von Kautsky gleichermaßen als Frucht „marxistischen Denkens“ empfohlen wird, auf die originelle „marxistische“ Entdeckung hinaus, daß die sozialistische Umwälzung eine nationale, sozusagen häusliche Angelegenheit jedes modernen Staates für sich sei. In dem blauen Dunst des abstrakten Schemas weiß ein Kautsky natürlich sehr eingehend die weltwirtschaftlichen Verknüpfungen des Kapitals auszumalen, die

aus allen modernen Ländern einen zusammenhängenden Organismus machen. Rußlands Revolution – eine Frucht der internationalen Entwicklung und der Agrarfrage – ist aber unmöglich in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft zu lösen.

Praktisch hat diese Doktrin die Tendenz, die Verantwortlichkeit des internationalen, in erster Linie des deutschen Proletariats, für die Geschichte der russischen Revolution abzuwälzen, die internationalen Zusammenhänge dieser Revolution zu leugnen. Nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf des Krieges und der russischen Revolution erwiesen, und dies mit aller Deutlichkeit hervorzukehren ist die erste Aufgabe einer kritischen Betrachtung der russischen Revolution. Die Revolution Rußlands war in ihren Schicksalen völlig von den internationalen Ereignissen abhängig. Daß die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Festigkeit, des kühnen Wurfs ihrer Politik. Darin ist der gewaltige Sprung sichtbar, den die kapitalistische Entwicklung in dem letzten Jahrzehnt gemacht hatte. Die Revolution 1905–07 fand nur ein schwaches Echo in Europa. Sie mußte deshalb ein Anfangskapitel bleiben. Fortsetzung und Lösung war an die europäische Entwicklung gebunden.

Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen: mitten im Weltbrand und Chaos eines imperialistischen Völkermordens in der eisernen Schlinge der reaktionärsten Militärmacht Europas, unter völligem Versagen des internationalen Proletariats, daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so ab-

normen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei. Umgekehrt zwingen die elementaren Begriffe der sozialistischen Politik und der Einsicht in ihre notwendigen historischen Voraussetzungen zu der Annahme, daß unter so fatalen Bedingungen auch der riesenhafteste Idealismus und die sturm- feste revolutionäre Energie nicht Demokratie und nicht Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden zu verwirklichen imstande seien.

Sich dies in allen tiefgehenden Zusammenhängen und Wirkungen klar vor die Augen zu führen, ist geradezu elementare Pflicht der Sozialisten in allen Ländern; denn nur an einer solchen bitteren Erkenntnis ist die ganze Größe der eigenen Verantwortung des internationalen Proletariats für die Schicksale der russischen Revolution zu ermessen. Andererseits kommt nur auf diesem Wege die entscheidende Wichtigkeit des geschlossenen internationalen Vorgehens der proletarischen Revolution zur Geltung – als eine Grundbedingung, ohne die auch die größte Tüchtigkeit und die höchsten Opfer des Proletariats in einem einzelnen Lande sich unvermeidlich in ein Wirrsal von Widersprüchen und Fehlgriffen verwickeln müssen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die klugen Köpfe an der Spitze der russischen Revolution, daß Lenin und Trotzki auf ihrem dornenvollen, von Schlingen aller Art umstellten Weg gar manchen entscheidenden Schritt nur unter größten inneren Zweifeln und mit dem heftigsten inneren Widerstreben taten und daß ihnen selber nichts ferner liegen kann, als all ihr unter dem bitteren Zwange und Drange in gärendem Strudel der Geschehnisse eingegebenes Tun und Lassen von der Internationale als erhabenes Muster der sozialistischen Politik hingenommen zu sehen, für das nur kritiklose Bewunderung und eifrige Nachahmung am Platze wäre.

Es wäre ebenso verfehlt, zu befürchten, eine kritische Sichtung der bisherigen Wege, die die russische Revolution

gewandelt, sei eine gefährliche Untergrabung des Ansehens und des faszinierenden Beispiels der russischen Proletarier, das allein die fatale Trägheit der deutschen Massen überwinden könne. Nichts verkehrter als dies. Das Erwachen der revolutionären Tatkraft der Arbeiterklasse in Deutschland kann nimmermehr im Geiste der Bevormundungsmethoden der deutschen Sozialdemokratie seligen Angedenkens durch irgendeine fleckenlose Autorität, sei es die der eigenen „Instanzen“ oder die des „russischen Beispiels“, hervorgezaubert werden. Nicht durch Erzeugung einer revolutionären Hurrastimmung, sondern umgekehrt: nur durch Einsicht in den ganzen furchtbaren Ernst, die ganze Kompliziertheit der Aufgaben, aus politischer Reife und geistiger Selbständigkeit, aus kritischer Urteilsfähigkeit der Massen, die von der deutschen Sozialdemokratie unter verschiedensten Vorwänden jahrzehntelang systematisch ertötet wurde, kann die geschichtliche Aktionsfähigkeit des deutschen Proletariats geboren werden. Sich kritisch mit der russischen Revolution in allen historischen Zusammenhängen auseinandersetzen, ist die beste Schulung der deutschen wie der internationalen Arbeiter für die Aufgaben, die ihnen aus der gegenwärtigen Situation erwachsen.

II.

Die erste Periode der russischen Revolution von deren Ausbruch im März bis zum Oktoberumsturz entspricht in ihrem allgemeinen Verlauf genau dem Entwicklungsschema sowohl der großen englischen wie der großen französischen Revolution. Es ist der typische Werdegang jeder ersten großen Generalauseinandersetzung der im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft erzeugten revolutionären Kräfte mit den Fesseln der alten Gesellschaft.

Ihre Entfaltung bewegt sich naturgemäß auf aufsteigender Linie: von gemäßigten Anfängen zu immer größerer Radika-

lisierung der Ziele und parallel damit von der Koalition der Klassen und Parteien zur Alleinherrschaft der radikalen Partei. Im ersten Moment im März 1917 standen an der Spitze der Revolution die „Kadetten“, d. h. die liberale Bourgeoisie. Der allgemeine erste Hochgang der revolutionären Flut riß alle und alles mit: die vierte Duma, das reaktionärste Produkt des aus dem Staatsstreich hervorgegangenen reaktionärsten Vierklassenwahlrechts verwandelte sich plötzlich in ein Organ der Revolution. Sämtliche bürgerliche Parteien, einschließlich der nationalistischen Rechten, bildeten plötzlich eine Phalanx gegen den Absolutismus. Dieser fiel auf den ersten Ansturm fast ohne Kampf, wie ein abgestorbenes Organ, das nur angerührt zu werden brauchte, um dahin zu fallen. Auch der kurze Versuch der liberalen Bourgeoisie, wenigstens die Dynastie und den Thron zu retten, zerschellte in wenigen Stunden. Der reißende Fortgang der Entwicklung übersprang in Tagen und Stunden Strecken, zu denen Frankreich einst Jahrzehnte brauchte. Hier zeigte sich, daß Rußland die Resultate der europäischen Entwicklung eines Jahrhunderts realisierte und vor allem – daß die Revolution des Jahres 1917 eine direkte Fortsetzung der von 1905–07, nicht ein Geschenk der deutschen „Befreier“ war. Die Bewegung im März 1917 knüpfte unmittelbar dort an, wo sie vor zehn Jahren ihr Werk abgebrochen hatte. Die demokratische Republik war das fertige, innerlich reife Produkt gleich des ersten Ansturms der Revolution.

Jetzt begann aber die zweite, schwierige Aufgabe. Die treibende Kraft der Revolution war vom ersten Augenblick an die Masse des städtischen Proletariats. Seine Forderungen erschöpften sich aber nicht in der politischen Demokratie, sondern richteten sich auf die brennende Frage der internationalen Politik: sofortigen Frieden. Zugleich stürzte sich die Revolution auf die Masse des Heeres, das dieselbe Forderung nach sofortigem Frieden erhob, und auf die Masse des Bauerntums, das die Agrarfrage, diesen Drehpunkt der

Revolution schon seit 1905, in den Vordergrund schob. Sofortiger Frieden und Land – mit diesen beiden Zielen war die innere Spaltung der revolutionären Phalanx gegeben. Die Forderung des sofortigen Friedens setzte sich in schärfstem Widerspruch mit der imperialistischen Tendenz der liberalen Bourgeoisie, deren Wortführer Miljukow war; die Landfrage war das Schreckgespenst zunächst für den andern Flügel der Bourgeoisie: für das Landjunktum, sodann aber, als Attentat auf das heilige Privateigentum überhaupt, ein wunder Punkt für die gesamten bürgerlichen Klassen.

So begann am andern Tage nach dem ersten Siege der Revolution ein innerer Kampf in ihrem Schoße um die beiden Brennpunkte: Frieden und Landfrage. Die liberale Bourgeoisie begann eine Taktik der Verschleppung und der Ausflüchte. Die Arbeitermassen, die Armee, das Bauerntum drängten immer ungestümer. Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit der Frage des Friedens und der Landfrage auch die Schicksale selbst der politischen Demokratie der Republik verknüpft waren. Die bürgerlichen Klassen, die, von der ersten Sturmwelle der Revolution überspült, sich bis zur republikanischen Staatsform hatten mit fortreißen lassen, begannen alsbald nach rückwärts Stützpunkte zu suchen und im Stillen die Konterrevolution zu organisieren. Der Kaledinsche Kosakenfeldzug gegen Petersburg hat dieser Tendenz deutlichen Ausdruck gegeben. Wäre dieser Vorstoß von Erfolg gekrönt gewesen, dann war nicht nur die Friedens- und die Agrarfrage, sondern auch das Schicksal der Demokratie, der Republik selbst besiegelt. Militärdiktatur mit einer Schreckensherrschaft gegen das Proletariat und dann Rückkehr zur Monarchie wären die unausbleibliche Folge gewesen.

Daran kann man das Utopische und im Kern Reaktionäre der Taktik ermessen, von der sich die russischen Sozialisten der Kautskyschen Richtung, die Menschewiki, leiten ließen. In die Fiktion von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution festgebissen – dieweil ja Rußland für die soziale Revo-

lution noch nicht reif sei – klammerten sie sich verzweifelt an die Koalition mit den bürgerlichen Liberalen, d. h. an die gewaltsame Verbindung derjenigen Elemente, die, durch den natürlichen inneren Gang der revolutionären Entwicklung gespalten, in schärfsten Widerspruch zueinander geraten waren. Die Axelrods, Dans wollten um jeden Preis mit denjenigen Klassen und Parteien zusammenarbeiten, von denen der Revolution und ihrer ersten Errungenschaft, der Demokratie, die größten Gefahren drohten.

Es ist geradezu erstaunlich zu beobachten, wie dieser fleißige Mann (Kautsky) in den vier Jahren des Weltkrieges durch seine unermüdliche Schreiarbeit ruhig und methodisch ein theoretisches Loch nach dem andern in den Sozialismus reißt, eine Arbeit, aus der der Sozialismus wie ein Sieb ohne eine heile Stelle hervorgeht. Der kritiklose Gleichmut, mit dem seine Gefolgschaft dieser fleißigen Arbeit ihres offiziellen Theoretikers zusieht und seine immer neuen Entdeckungen schluckt, ohne mit der Wimper zu zucken, findet nur ihre Analogie in dem Gleichmut, mit dem die Gefolgschaft der Scheidemann und Co. zusieht, wie diese letzteren den Sozialismus praktisch durchlöchern. In der Tat ergänzen sich die beiden Arbeiten vollkommen, und Kautsky, der offizielle Tempelwächter des Marxismus, verrichtet seit Ausbruch des Krieges in Wirklichkeit nur theoretisch dasselbe, was die Scheidemänner praktisch: 1. Die Internationale, ein Instrument des Friedens; 2. Abrüstung und Völkerbund, Nationalismus; endlich 3. Demokratie, *nicht* Sozialismus.

In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärts treiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets – dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die Revolution geraten war, das war der

Grundlehre jeder großen Revolution

Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Blachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.

Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik treibt.

Dadurch erklärt sich auch, daß die Bolschewiki, im Beginn der Revolution eine von allen Seiten verfehmt, verleumdete und gehetzte Minderheit, in kürzester Zeit an die Spitze der Revolution geführt wurden und alle wirklichen Volksmassen: das städtische Proletariat, die Armee, das Bauerntum, sowie die revolutionären Elemente der Demokratie: den linken Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, unter ihrer Fahne sammeln konnten.

Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin. Das war die objektive Lage, die sich in jeder Revolution sehr bald, nachdem der erste Rausch verflogen ist, ergibt und die sich in Rußland aus den konkreten brennenden Fragen nach dem Frieden und der Landfrage ergab, für die im Rahmen der bürgerlichen Revolution keine Lösung vorhanden war.

Die russische Revolution hat hier nur bestätigt die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärts stürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt. Ein Stillstehen, ein Trippeln auf demselben Fleck, ein Selbstbescheiden mit dem ersten einmal erreichten Ziel gibt es in der Revolution nicht. Und wer diese

hausbackenen Weisheiten aus den parlamentarischen Froschmäusekriegen auf die revolutionäre Taktik übertragen will, zeigt nur, daß ihm die Psychologie, das Lebensgesetz selbst der Revolution ebenso fremd wie alle historische Erfahrung ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Der Verlauf der englischen Revolution seit ihrem Ausbruch 1642. Wie die Logik der Dinge dazu trieb, daß erst die schwächlichen Schwankungen der Presbyterianer, der zaudernde Krieg gegen die royalistische Armee, in dem die presbyterianischen Häupter einer entscheidenden Schlacht und einem Siege über Karl I. gefliessentlich auswichen, es zur unabweisbaren Notwendigkeit machten, daß die Independenten sie aus dem Parlament vertrieben und die Gewalt an sich rissen. Und ebenso war es weiter innerhalb des Independenten-Heeres die untere kleinbürgerliche Masse der Soldaten, die Lilburnschen „Gleichmacher“, die die Stoßkraft der ganzen Independentenbewegung bildeten, sowie endlich die proletarischen Elemente der Soldatenmasse, die am weitesten gehenden sozialumstürzlerischen Elemente, die in der Digger-Bewegung ihren Ausdruck fanden, ihrerseits den Sauerteig der demokratischen „Gleichmacher“-Partei darstellten.

Ohne die geistige Wirkung der revolutionären proletarischen Elemente auf die Soldatenmasse, ohne den Druck der demokratischen Soldatenmasse auf die bürgerliche Oberschicht der Independentenpartei wäre es weder zur „Reinigung“ des langen Parlaments von den Presbyterianern noch zur siegreichen Beendigung des Krieges mit dem Heer der Kavaliere und mit den Schotten, noch zum Prozeß und zur Hinrichtung Karls I., noch zur Abschaffung der Lordskammer und zur Proklamierung der Republik gekommen.

Wie war es in der großen französischen Revolution? Die Machtergreifung der Jakobiner erwies sich hier nach vierjährigen Kämpfen als das einzige Mittel, die Errungenschaften der Revolution zu retten, die Republik zu verwirklichen, den Feudalismus zu zerschmettern, die revolutionäre Verteidi-

gung nach innen wie nach außen zu organisieren, die Konspiration der Konterrevolution zu erdrücken, die revolutionäre Welle aus Frankreich über ganz Europa zu verbreiten.

Kautsky und seine russischen Gesinnungsgenossen, die der russischen Revolution ihren „bürgerlichen Charakter“ der ersten Phase bewahrt wissen wollten, sind ein genaues Gegenstück zu jenen deutschen und englischen Liberalen des vorigen Jahrhunderts, die in der großen französischen Revolution die bekannten zwei Perioden unterschieden: die „gute“ Revolution der ersten girondistischen Phase und die „schlechte“ seit dem jakobinischen Umsturz. Die liberale Seichtheit der Geschichtsauffassung brauchte natürlich nicht zu begreifen, daß ohne den Umsturz der „maßlosen“ Jakobiner auch die ersten zaghaften und halben Errungenschaften der Girondistischen Phase alsbald unter den Trümmern der Revolution begraben worden wären, daß die wirkliche Alternative zu der Jakobiner-Diktatur, wie sie der eherne Gang der geschichtlichen Entwicklung im Jahre 1793 stellte, nicht „gemäßigte“ Demokratie war, sondern – Restauration der Bourbonen! Der „goldene Mittelweg“ läßt sich eben in keiner Revolution aufrecht erhalten, ihr Naturgesetz fordert eine rasche Entscheidung: entweder wird die Lokomotive Volldampf den geschichtlichen Anstieg bis zum äußersten Punkt vorangetrieben, oder sie rollt durch die eigene Schwerkraft wieder in die Ausgangsniederung zurück und reißt diejenigen, die sie auf halbem Wege mit ihren schwachen Kräften aufhalten wollten, rettungslos in den Abgrund mit.

Dadurch erklärt sich, daß in jeder Revolution nur diejenige Partei die Führung und die Macht an sich zu reißen vermag, die den Mut hat, die vorwärtstreibende Parole auszugeben und alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Daraus erklärt sich die klägliche Rolle der russischen Menschewiki, der Dan, Zeretelli u. a., die, anfänglich von ungeheurem Einfluß auf die Massen, nach längerem Hin- und Herpendeln, nachdem sie sich gegen die Übernahme der Macht und Verantwortung mit

Händen und Füßen gestäubt hatten, ruhmlos von der Bühne weggefegt worden sind.

Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauertums, den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der „Mehrheit des Volkes“ gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: zuerst werden wir eine „Mehrheit“. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärts zu treiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der die Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Losung ausgegeben haben: die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der Bauern, hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, illegalen Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mußten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren.

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft,

revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktober-Aufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.

III.

Die Bolschewiki sind die historischen Erben der englischen Gleichmacher und der französischen Jakobiner. Aber die konkrete Aufgabe, die ihnen in der russischen Revolution nach der Machtergreifung zugefallen ist, war unvergleichlich schwieriger als diejenige ihrer geschichtlichen Vorgänger. (Bedeutung der Agrarfrage. Schon 1905. Dann in der 3. Duma die rechten Bauern! Bauernfrage und Verteidigung, Armee.) Gewiß war die Losung der unmittelbaren sofortigen Ergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern die kürzeste, einfachste und lapidarste Formel, um zweierlei zu erreichen: den Großgrundbesitz zu zertrümmern und die Bauern sofort an die revolutionäre Regierung zu fesseln. Als politische Maßnahme zur Befestigung der proletarisch-sozialistischen Regierung war dies eine vorzügliche Taktik. Sie hatte aber leider ihre zwei Seiten, und die Kehrseite bestand darin, daß die unmittelbare Landergreifung durch die Bauern mit sozialistischer Wirtschaft meist gar nichts gemein hat. Die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse setzt in bezug auf die Agrarverhältnisse zweierlei voraus. — Zunächst die Nationalisierung gerade des Großgrundbesitzes als der technisch fortschrittlichsten Konzentration der agrarischen Produktionsmittel und Methoden, die allein dem Ausgangspunkt der sozialistischen Wirtschaftsweise auf dem Lande dienen kann. Wenn man natürlich dem Kleinbauern

seine Parzelle nicht wegzunehmen braucht und es ihm ruhig anheimstellen kann, sich durch Vorteile des gesellschaftlichen Betriebes freiwillig zuerst für den genossenschaftlichen Zusammenschluß und schließlich für die Einordnung in den sozialen Gesamtbetrieb gewinnen zu lassen, so muß jede sozialistische Wirtschaftsreform auf dem Lande selbstverständlich mit dem Groß- und Mittelgrundbesitz anfangen. Sie muß hier das Eigentumsrecht vor allem auf die Nation oder, was bei sozialistischer Regierung dasselbe ist, wenn man will, auf den Staat übertragen; denn nur dies gewährt die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion nach zusammenhängenden großen sozialistischen Gesichtspunkten zu organisieren.

2. Zweitens aber ist eine der Voraussetzungen dieser Umgestaltung, daß die Trennung der Landwirtschaft von der Industrie, dieser charakteristische Zug der bürgerlichen Gesellschaft, aufgehoben wird, um einer gegenseitigen Durchdringung und Verschmelzung beider, einer Ausgestaltung sowohl der Agrar- wie der Industrieproduktion nach einheitlichen Gesichtspunkten Platz zu machen. Wie im einzelnen die praktische Bewirtschaftung sein mag: ob durch städtische Gemeinden, wie die einen vorschlagen, oder vom staatlichen Zentrum aus – auf jeden Fall ist Voraussetzung eine einheitlich durchgeführte, vom Zentrum aus eingeleitete Reform und als ihre Voraussetzung Nationalisierung des Grund und Bodens. Nationalisierung des großen und mittleren Grundbesitzes, Vereinigung der Industrie und der Landwirtschaft, das sind zwei grundlegende Gesichtspunkte jeder sozialistischen Wirtschaftsreform, ohne die es keinen Sozialismus gibt. Daß die Sowjet-Regierung in Rußland diese gewaltigen Reformen nicht durchgeführt hat – wer kann ihr das zum Vorwurf machen! Es wäre ein übler Spaß, von Lenin und Genossen zu verlangen oder zu erwarten, daß sie in der kurzen Zeit ihrer Herrschaft mitten im reißenden Strudel der inneren und äußeren Kämpfe, von zahllosen Feinden und Widerständen ringsum bedrängt, eine der schwierigsten, ja, wir

können ruhig sagen: die schwierigste Aufgabe der sozialistischen Umwälzung lösen oder auch nur in Angriff nehmen sollten! Wir werden uns, einmal zur Macht gelangt, auch im Westen und unter den günstigsten Bedingungen an dieser harten Nuß manchen Zahn ausbrechen, ehe wir nur aus den größten der tausend komplizierten Schwierigkeiten dieser Riesenaufgabe heraus sind!

Eine sozialistische Regierung, die zur Macht gelangt ist, muß auf jeden Fall eins tun: Maßnahmen ergreifen, die in der Richtung auf jene grundlegenden Voraussetzungen einer späteren sozialistischen Reform der Agrarverhältnisse liegen, sie muß zum mindesten alles vermeiden, was ihr den Weg zu jenen Maßnahmen verrammelt.

Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf. Die Besitzergreifung der Ländereien durch die Bauern auf die kurze und lapidare Parole Lenins und seiner Freunde hin: Geht und nehmet euch das Land! führte einfach zur plötzlichen chaotischen Überführung des Großgrundbesitzes in bäuerlichen Grundbesitz. Was geschaffen wurde, ist nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum, und zwar Zerschlagung des großen Eigentums in mittleren und kleineren Besitz, des relativ fortgeschrittenen Großbetriebes in primitiven Kleinbetrieb, der technisch mit den Mitteln aus der Zeit der Pharaonen arbeitet. Nicht genug: durch diese Maßnahme und die chaotische, rein willkürliche Art ihrer Ausführung wurden die Eigentumsunterschiede auf dem Lande nicht beseitigt, sondern nur verschärft. Obwohl die Bolschewiki die Bauernschaft aufforderten, Bauernkomitees zu bilden, um die Besitzergreifung der adligen Ländereien

irgendwie zu einer Kollektivaktion zu machen, so ist es klar, daß dieser allgemeine Rat an der wirklichen Praxis und den wirklichen Machtverhältnissen auf dem Lande nichts zu ändern vermochte. Ob mit oder ohne Komitees, sind die reichen Bauern und Wucherer, welche die Dorfbourgeoisie bildeten und in jedem russischen Dorf die tatsächliche lokale Macht in ihren Händen haben, sicher die Hauptnutznießer der Agrarrevolution geworden. Unbesehen kann jeder sich an den Fingern abzählen, daß im Ergebnis der Aufteilung des Landes die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit im Schoße des Bauerntums nicht beseitigt, sondern nur gesteigert, die Klassen-gegensätze dort verschärft worden sind. Diese Machtverschiebung hat aber zu *Ungunsten* der proletarischen und sozialistischen Interessen stattgefunden. Früher stand einer sozialistischen Reform auf dem Lande allenfalls der Widerstand einer kleinen Kaste adeliger und kapitalistischer Großgrundbesitzer sowie eine kleine Minderheit der reichen Dorfbourgeoisie entgegen, deren Expropriation durch eine revolutionäre Volksmasse ein Kinderspiel ist. Jetzt, nach der „Besitzergreifung“ steht als Feind jeder sozialistischen Vergesellschaftung der Landwirtschaft eine enorm angewachsene und starke Masse des besitzenden Bauerntums entgegen, das sein neu-erworbenes Eigentum gegen alle sozialistischen Attentate mit Zähnen und mit Nägeln verteidigen wird. Jetzt ist die Frage der künftigen Sozialisierung der Landwirtschaft, also der Produktion überhaupt in Rußland, zur Gegensatz- und Kampf-frage zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauern-masse geworden. Wie scharf der Gegensatz schon jetzt ge-worden ist, beweist der Boykott der Bauern den Städten gegen-über, denen sie die Lebensmittel vorenthalten, um damit Wuchergeschäfte zu machen, genau wie die preußischen Jun-ker. Der französische Parzellenbauer war zum tapfersten Ver-teidiger der großen französischen Revolution geworden, die ihn mit dem konfiszierten Land der Emigranten ausgestattet hatte. Er trug als napoleonischer Soldat die Fahne Frankreichs

zum Siege, durchquerte ganz Europa und zertrümmerte den Feudalismus in einem Lande nach dem andern. Lenin und seine Freunde mochten eine ähnliche Wirkung von ihrer Agrarparole erwartet haben. Indes der russische Bauer hat, nachdem er vom Lande auf eigene Faust Besitz ergriffen, nicht im Traume daran gedacht, Rußland und die Revolution, der er das Land verdankte, zu verteidigen. Er verbiß sich in seinen neuen Besitz und überließ die Revolution ihren Feinden, den Staat dem Zerfall, die städtische Bevölkerung dem Hunger. Lenins Rede über notwendige Zentralisation in der Industrie, Nationalisierung der Banken, des Handels und der Industrie. Warum nicht des Grund und Bodens? Hier im Gegenteil, Dezentralisation und Privateigentum.

Lenins eigenes Agrarprogramm vor der Revolution war anders. Die Losung übernommen von den vielgeschmähten Sozialisten-Revolutionären oder richtiger: von der spontanen Bewegung der Bauernschaft.

Um sozialistische Grundsätze in die Agrarverhältnisse einzuführen, suchte die Sowjetregierung nunmehr aus Proletariern – meist städtischen, arbeitslosen Elementen – Agrarkommunen zu schaffen. Allein es läßt sich leicht im voraus erraten, daß die Ergebnisse dieser Anstrengungen, gemessen an dem ganzen Umfang der Agrarverhältnisse, nur verschwindend winzige bleiben mußten und für die Beurteilung der Frage gar nicht in Betracht fallen. (Nachdem man den Großgrundbesitz, den geeignetsten Ansatzpunkt für die sozialistische Wirtschaft, in Kleinbetrieb zerschlagen, sucht man jetzt aus kleinen Anfängen kommunistische Musterbetriebe aufzubauen.) Unter den gegebenen Verhältnissen beanspruchen diese Kommunen nur den Wert eines Experiments, nicht einer umfassenden sozialen Reform. Getreidemonopol mit Prämien. *Jetzt post festum* wollen sie den Klassenkampf ins Dorf hineintragen!

Die Leninsche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaf-

Nationalitätenfrage

fen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird, als es derjenige der adligen Großgrundbesitzer war.

Daß sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Rußlands verwandelte, dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld. Diese objektiven Schwierigkeiten der Lage haben sich die Bolschewiki aber selbst in hohem Maße verschärft durch eine Parole, die sie in den Vordergrund ihrer Politik geschoben haben: das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen oder, was unter dieser Phrase in Wirklichkeit steckte: den staatlichen Zerfall Rußlands. Die mit doktrinärer Hartnäckigkeit immer wieder proklamierte Formel von dem Recht der verschiedenen Nationalitäten des Russischen Reichs, ihre Schicksale selbständig zu bestimmen „bis einschließlich der staatlichen Lostrennung von Rußland“, war ein besonderer Schlachtruf Lenins und Genossen während ihrer Opposition gegen den Miljukowschen wie gegen den Kerenskischen Imperialismus, sie bildete die Achse ihrer inneren Politik nach dem Oktoberumschwung, und sie bildete die ganze Plattform der Bolschewiki in Brest-Litowsk, ihre einzige Waffe, die sie der Machtstellung des deutschen Imperialismus entgegenzustellen hatten.

Zunächst frappiert an der Hartnäckigkeit und starren Konsequenz, mit der Lenin und Genossen an dieser Parole festhielten, daß sie sowohl in krassem Widerspruch zu ihrem sonstigen ausgesprochenen Zentralismus der Politik wie auch zu der Haltung steht, die sie den sonstigen demokratischen Grundsätzen gegenüber eingenommen haben. Während sie gegenüber der konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das „Selbstbestimmungsrecht“ in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik, dem zuliebe alle praktischen Gesichts-

punkte der realen Kritik zu schweigen hätten. Während sie sich von der Volksabstimmung zur konstituierenden Versammlung in Rußland, einer Volksabstimmung auf Grund des demokratischsten Wahlrechts der Welt und in voller Freiheit einer Volksrepublik, nicht im geringsten hatten imponieren lassen und von sehr nüchternen, kritischen Erwägungen ihre Resultate einfach für null und nichtig erklärten, verfochten sie in Brest die „Volksabstimmung“ der fremden Nationen Rußlands über ihre staatliche Zugehörigkeit als das wahre Palladium jeglicher Freiheit und Demokratie, unverfälschte Quintessenzen des Völkerwillens und als die höchste entscheidende Instanz in Fragen des politischen Schicksals der Nationen.

Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande, wie wir das noch weiter sehen werden, tatsächlich um höchst wertvolle, ja, unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.

In der Tat, was soll dieses Recht bedeuten? Es gehört zum ABC der sozialistischen Politik, daß sie wie jede Art Unterdrückung so auch die einer Nation durch die andere bekämpft.

Wenn trotz alledem sonst so nüchterne und kritische Politiker wie Lenin und Trotzki mit ihren Freunden, die für jede Art utopische Phraseologie wie Abrüstung, Völkerbund usw. nur ein ironisches Achselzucken haben, diesmal eine hohle Phrase von genau derselben Kategorie geradezu zu ihrem Steckenpferd machten, so geschah es, wie es uns scheint, aus einer Art Opportunitätspolitik. Lenin und Genossen rechneten offenbar darauf, daß es kein sicheres Mittel gäbe, die vielen fremden Nationalitäten im Schoße des russischen Reiches an die Sache der Revolution, an die Sache des sozialistischen Proletariats zu fesseln, als wenn man ihnen im Namen der Revolution und des Sozialismus die äußerste unbeschränkteste Freiheit gewährte, über ihre Schicksale zu verfügen. Es war dies eine

Analogie zu der Politik der Bolschewiki den russischen Bauern gegenüber, deren Landhunger die Parole der direkten Besitzergreifung des adeligen Grund und Bodens befriedigt und die dadurch an die Fahne der Revolution und der proletarischen Regierung gefesselt werden sollten. In beiden Fällen ist die Berechnung leider gänzlich fehlgeschlagen. Während Lenin und Genossen offenbar erwarteten, daß sie als Verfechter der nationalen Freiheit, und zwar „bis zur staatlichen Absonderung“, Finnland, die Ukraine, Polen, Litauen, die Baltenländer, die Kaukasier usw. zu ebenso vielen treuen Verbündeten der russischen Revolution machen würden, erlebten wir das umgekehrte Schauspiel: eine nach der anderen von diesen „Nationen“ benutzte die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbünden und unter seinem Schutze die Fahne der Konterrevolution nach Rußland selbst zu tragen. Das Zwischenspiel mit der Ukraine in Brest, das eine entscheidende Wendung jener Verhandlungen und der ganzen inner- und außenpolitischen Situationen der Bolschewiki herbeigeführt hatte, ist dafür ein Musterbeispiel. Das Verhalten Finnlands, Polens, Litauens, der Baltenländer, der Nationen des Kaukasus zeigt überzeugendsterweise, daß wir (es) hier nicht etwa mit einer zufälligen Ausnahme, sondern mit einer typischen Erscheinung zu tun haben.

Freilich, es sind in allen diesen Fällen in Wirklichkeit nicht die „Nationen“, die jene reaktionäre Politik betätigten, sondern nur die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen, die im schärfsten Gegensatz zu den eigenen proletarischen Massen das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ zu einem Werkzeug ihrer konterrevolutionären Klassenpolitik verkehrten. Aber – damit kommen wir gerade zum Knotenpunkt der Frage – darin liegt eben der utopisch-kleinbürgerliche Charakter dieser nationalistischen Phrase, daß sie in der rauhen Wirklichkeit der Klassengesellschaft, zumal in der Zeit aufs äußerste verschärfter Gegensätze, sich einfach in ein Mittel der bürger-

lichen Klassenherrschaft verwandelt. Die Bolschewiki sollten zu ihrem und der Revolution größtem Schaden darüber belehrt werden, daß es eben unter der Herrschaft des Kapitalismus keine Selbstbestimmung der Nation gibt, daß sich in einer Klassengesellschaft jede Klasse der Nation anders „selbstzubestimmen“ strebt und daß für die bürgerlichen Klassen die Gesichtspunkte der nationalen Freiheit hinter denen der Klassenherrschaft völlig zurücktreten. Das finnische Bürgertum wie das ukrainische Kleinbürgertum waren darin vollkommen einig, die deutsche Gewaltherrschaft der nationalen Freiheit vorzuziehen, wenn diese mit den Gefahren des „Bolschewismus“ verbunden werden sollte.

Die Hoffnung, diese realen Klassenverhältnisse etwa durch „Volksabstimmungen“, um die sich alles in Brest drehte, in ihr Gegenteil umzukehren und im Vertrauen auf die revolutionäre Volksmasse ein Mehrheitsvotum für den Zusammenschluß mit der russischen Revolution zu erzielen, war, wenn sie von Lenin-Trotzki ernst gemeint war, ein unbegreiflicher Optimismus, und wenn sie nur ein taktischer Florettstoß im Duell mit der deutschen Gewaltpolitik sein sollte, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Auch ohne die deutsche militärische Okkupation hätte die famose „Volksabstimmung“, wäre es in den Randländern zu einer solchen gekommen, bei der geistigen Verfassung der Bauernmasse und großer Schichten noch indifferenter Proletarier, bei der reaktionären Tendenz des Kleinbürgertums und den tausend Mitteln der Beeinflussung der Abstimmung durch die Bourgeoisie, mit aller Wahrscheinlichkeit allenthalben ein Resultat ergeben, an dem die Bolschewiki wenig Freude erlebt hätten. Kann es doch in Sachen dieser Volksabstimmungen über die nationale Frage als unverbrüchliche Regel gelten, daß die herrschenden Klassen sie entweder, wo ihnen eine solche nicht in den Kram paßt, zu verhindern wissen oder, wo sie etwa zustande käme, ihre Resultate durch all die Mittel und Mittelchen zu beeinflussen wüßten, die es

auch bewirken, daß wir auf dem Wege von Volksabstimmungen keinen Sozialismus einführen können.

Daß überhaupt die Frage der nationalen Bestrebungen und Sondertendenzen mitten in die revolutionären Kämpfe hineingeworfen, ja, durch den Brester Frieden in den Vordergrund geschoben und gar zum Schibboleth der sozialistischen und revolutionären Politik gestempelt wurde, hat die größte Verwirrung in die Reihen des Sozialismus getragen und die Position des Proletariats gerade in den Randländern erschüttert. In Finnland hatte das sozialistische Proletariat, solange es als ein Teil der geschlossenen revolutionären Phalanx Rußlands kämpfte, bereits eine beherrschende Machtstellung; es besaß die Mehrheit im Landtag, in der Armee, es hatte die Bourgeoisie völlig zur Ohnmacht herabgedrückt und war der Herr der Situation im Lande. Die russische Ukraine war zu Beginn des Jahrhunderts, als die Narreteien des „ukrainischen Nationalismus“ mit den Karbowentzen und den „Universals“ und das Steckenpferd Lenins von einer „selbständigen Ukraine“ noch nicht erfunden waren, die Hochburg der russischen revolutionären Bewegung gewesen. Von dort aus, aus Rostow, aus Odessa, aus dem Donez-Gebiete flossen die ersten Lavaströme der Revolution (schon um das Jahr 1902/04) und entzündeten ganz Südrußland zu einem Flammenmeer, so den Ausbruch von 1905 vorbereitend; dasselbe wiederholte sich in der jetzigen Revolution, in der das südrussische Proletariat die Elitetruppen der proletarischen Phalanx stellte. Polen und die Baltenländer waren seit 1905 die mächtigsten und zuverlässigsten Herde der Revolution, in denen das sozialistische Proletariat eine hervorragende Rolle spielte.

Wie kommt es, daß in allen diesen Ländern plötzlich die Konterrevolution triumphiert? Die nationalistische Bewegung hat eben das Proletariat dadurch, daß sie es von Rußland losgerissen hat, gelähmt und der nationalen Bourgeoisie in den Randländern ausgeliefert. Statt gerade im Geiste der reinen internationalen Klassenpolitik, die sie sonst vertraten,

die kompakteste Zusammenfassung der revolutionären Kräfte auf dem ganzen Gebiete des Reiches anzustreben, die Integrität des russischen Reiches als Revolutionsgebiet mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen, die Zusammengehörigkeit und Unzertrennlichkeit der Proletarier aller Länder im Bereiche der russischen Revolution als oberstes Gebot der Politik allen nationalistischen Sonderbestrebungen entgegensetzen, haben die Bolschewiki durch die dröhnende nationalistische Phraseologie von dem „Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Lostrennung“ gerade umgekehrt der Bourgeoisie in allen Randländern den erwünschtesten, glänzendsten Vorwand, geradezu das Banner für ihre konterrevolutionären Bestrebungen geliefert. Statt die Proletarier in den Randländern vor jeglichem Separatismus als vor rein bürgerlichem Fallstrick zu warnen, haben sie vielmehr die Massen in allen Randländern durch ihre Parole verwirrt und der Demagogie der bürgerlichen Klassen ausgeliefert. Sie haben durch diese Forderung des Nationalismus den Zerfall Rußlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.

Freilich, ohne die Hilfe des deutschen Imperialismus, ohne „die deutschen Gewehrkolben in deutschen Fäusten“, wie die „Neue Zeit“ Kautskys schrieb, wären die Lubinskys und die anderen Schufterles der Ukraine sowie die Erichs und Manerheims in Finnland und die baltischen Barone mit den sozialistischen Proletariermassen ihrer Länder nimmermehr fertig geworden. Aber der nationale Separatismus war das trojanische Pferd, in dem die deutschen „Genossen“ mit Bajonetten in den Fäusten in all jene Länder eingezogen kamen. Die realen Klassengegensätze und die militärischen Machtverhältnisse haben die Intervention Deutschlands herbeigeführt. Aber die Bolschewiki haben die Ideologie geliefert, die diesen Feldzug der Konterrevolution maskiert hatte, sie haben die Position der Bourgeoisie gestärkt und die

> der Proletarier geschwächt. Der beste Beweis ist die Ukraine, die eine so fatale Rolle in den Geschicken der russischen Revolution spielen sollte. Der ukrainische Nationalismus war in Rußland ganz anders als etwa der tschechische, polnische oder finnische, nichts als eine einfache Schrulle, eine Fatzkerei von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern, ohne die geringsten Wurzeln in den wirtschaftlichen, politischen oder geistigen Verhältnissen des Landes, ohne jegliche historische Tradition, da die Ukraine niemals eine Nation oder einen Staat gebildet hatte, ohne irgendeine nationale Kultur, außer den reaktionär-romantischen Gedichten Schewtschenkos. Es ist förmlich, als wenn eines schönen Morgens die von der Wasserkante auf den Fritz Reuter hin eine neue plattdeutsche Nation und Staat gründen wollten. Und diese lächerliche Pose von ein paar Universitätsprofessoren und Studenten bauschten die Lenin und Genossen durch ihre doktrinäre Agitation mit dem „Selbstbestimmungsrecht bis einschließlich usw.“ künstlich zu einem politischen Faktor auf. Sie verliehen der anfänglichen Posse eine Wichtigkeit, bis die Posse zum blutigsten Ernst wurde: nämlich nicht zu einer ernstesten nationalen Bewegung, für die es nach wie vor gar keine Wurzeln gibt, sondern zum Aushängeschild und zur Sammelfahne der Konterrevolution! Aus diesem Windei krochen in Brest die deutschen Bajonette.

Diese Phrasen haben in der Geschichte der Klassenkämpfe zu Zeiten eine sehr reale Bedeutung. Es ist das fatale Los des Sozialismus, daß er in diesem Weltkrieg dazu ausersehen war, ideologische Vorwände für die konterrevolutionäre Politik zu liefern. Die deutsche Sozialdemokratie beeilte sich beim Ausbruch des Krieges, den Raubzug des deutschen Imperialismus mit einem ideologischen Schild aus der Rumpelkammer des Marxismus zu schmücken, indem sie ihn für den von unseren Altmeistern herbeigesehnten Befreierfeldzug gegen den russischen Zarismus erklärte. Den Antipoden der Regierungssozialisten, den Bolschewiki, war es beschieden, mit der

Phrase von der Selbstbestimmung der Nationen Wasser auf die Mühle der Konterrevolution zu liefern und damit eine Ideologie nicht nur für die Erdrosselung der russischen Revolution selbst, sondern für die geplante konterrevolutionäre Liquidierung des ganzen Weltkrieges zu liefern. Wir haben allen Grund, uns die Politik der Bolschewiki in dieser Hinsicht sehr gründlich anzusehen. Das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, verkoppelt mit dem Völkerbund und der Abrüstung von Wilsons Gnaden, bildet den Schlachtruf, dem sich die bevorstehende Auseinandersetzung des internationalen Sozialismus mit der bürgerlichen Welt abspielen wird. Es liegt klar zutage, daß die Phrase von der Selbstbestimmung und die ganze nationale Bewegung, die gegenwärtig die größte Gefahr für den internationalen Sozialismus bildet, gerade durch die russische Revolution und die Brester Verhandlungen eine außerordentliche Stärkung erfahren haben. Wir werden uns mit dieser Plattform noch eingehend zu befassen haben. Die tragischen Schicksale dieser Phraseologie in der russischen Revolution, in deren Stacheln sich die Bolschewiki verfangen und blutig ritzen sollten, muß dem internationalen Proletariat als warnendes Exempel dienen.

Nun folgte aus alledem die Diktatur Deutschlands. Vom Brester Frieden bis zum „Zusatzvertrag“! Die 200 Sühneopfer in Moskau. Aus dieser Lage ergab sich der Terror und die Erdrückung der Demokratie.

IV.

Wir wollen dies an einigen Beispielen näher prüfen. Eine hervorragende Rolle in der Politik der Bolschewiki spielte die bekannte Auflösung der konstituierenden Versammlung im November 1917. Diese Maßnahme war bestimmend für ihre weitere Position, sie war gewissermaßen der Wendepunkt ihrer Taktik. Es ist eine Tatsache, daß Lenin und Genossen bis

zu ihrem Oktobersiege die Einberufung der Konstitutionsversammlung stürmisch forderten, daß gerade die Verschleppungspolitik der Kerenski-Regierung in dieser Sache einen Anklagepunkt der Bolschewiki gegen jene Regierung bildete und ihnen zu heftigsten Ausfällen Anlaß gab. Ja, Trotzki sagt in seinem interessanten Schriftchen „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag“, der Oktoberumschwung sei geradezu „eine Rettung für die Konstituante“ gewesen, wie für die Revolution überhaupt. „Und als wir sagten“, fährt er fort, „daß der Eingang zur konstituierenden Versammlung nicht über das Vorparlament Zeretellis, sondern über die Machtergreifung der Sowjets führe, waren wir vollkommen aufrichtig.“

Und nun war nach diesen Ankündigungen der erste Schritt Lenins nach der Oktoberrevolution – die Auseinandertreibung derselben konstituierenden Versammlung, zu der sie den Eingang bilden sollte. Welche Gründe konnten für eine so verblüffende Wendung maßgebend sein? Trotzki äußert sich darüber in der erwähnten Schrift ausführlich, und wir wollen seine Argumente hierher setzen:

„Wenn die Monate, die der Oktoberrevolution vorangingen, eine Zeit der Linksverschiebung der Massen und des elementaren Zustroms der Arbeiter, Soldaten und Bauern zu den Bolschewiki waren, so drückte sich innerhalb der Partei der Sozialisten-Revolutionäre dieser Prozeß in der Verstärkung des linken Flügels auf Kosten des rechten aus. Aber immer noch dominierten in den Parteilisten der Sozialisten-Revolutionäre zu drei Vierteln die alten Namen des rechten Flügels ...

Dazu kam noch der Umstand, daß die Wahlen selbst im Laufe der ersten Wochen nach dem Oktoberumsturz stattfanden. Die Nachricht von der Veränderung, die stattgefunden habe, verbreitete sich verhältnismäßig langsam in konzentrischen Kreisen, von der Hauptstadt nach der Provinz und aus den Städten nach den Dörfern. Die Bauermassen waren sich an vielen Orten recht wenig klar über das, was in Petrograd und

Moskau vorging. Sie stimmten für „Land und Freiheit“ und stimmten für ihre Vertreter in den Landkomitees, die meistens unter dem Banner der „Narodniki“ standen. Damit aber stimmten sie für Kerenski und Awxentjew, die dieses Landkomitee auflösten und deren Mitglieder verhaften ließen... Dieser Sachverhalt ergibt eine klare Vorstellung, in welchem Maße die Konstituante hinter der Entwicklung des politischen Kampfes und den Parteigruppierungen zurückgeblieben war.“ Das alles ist ganz ausgezeichnet und sehr überzeugend. Nur muß man sich wundern, daß so kluge Leute wie Lenin und Trotzki nicht auf die nächstliegende Schlußfolgerung geraten sind, wie sich aus den obigen Tatsachen ergab. Da die konstituierende Versammlung lange vor dem entscheidenden Wendepunkt, dem Oktoberumschwung, gewählt und in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie eben die verjäherte, also totgeborene konstituierende Versammlung kassierten und ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben! Sie wollten und durften die Geschicke der Revolution nicht einer Versammlung anvertrauen, die das gestrige Kerenskische Rußland, die Periode der Schwankungen und der Koalition mit der Bourgeoisie spiegelte. Wohlan, es blieb nur übrig, sofort an ihre Stelle eine aus dem erneuerten, weitergegangenen Rußland hervorgegangene Versammlung einzuberufen. Statt dessen schließt Trotzki aus der speziellen Unzulänglichkeit der im Oktober zusammengetretenen konstituierenden Versammlung, ja, er verallgemeinert sie zu der Untauglichkeit jeder aus den allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Volksvertretung während der Revolution überhaupt.

„Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt

Vorpar-
lament

dieser Entwicklung um so weniger nach, je größer das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist.“ (Trotzki S. 93.)

Hier haben wir schon den „Mechanismus der demokratischen Institution überhaupt“. Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß in dieser Einschätzung der Vertreterinstitutionen eine etwas schematische, steife Auffassung zum Ausdruck kommt, der die historische Erfahrung gerade aller revolutionären Epochen nachdrücklich widerspricht. Nach Trotzki's Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt. Die demokratische Körperschaft ist demnach stets das Spiegelbild der Masse vom Wahltermin, gleichsam wie der Herschel'sche Sternhimmel uns stets die Weltkörper nicht wie sie sind zeigt, da wir auf sie blicken, sondern wie sie im Moment der Versendung ihrer Lichtboten aus unermeßlicher Weite zur Erde waren. Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal Gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet.

Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Erfahrung! Diese zeigt uns umgekehrt, daß das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt. Wie wäre es sonst möglich, daß wir in jedem bürgerlichen Parlament zu Zeiten die ergötzlichsten Kapriolen der „Volksvertreter“ erleben, die plötzlich von einem neuen „Geist“ belebt, ganz unerwartete Töne hervorbringen, daß die vertrocknetsten Mumien sich zu Zeiten jugendlich gebärden und die verschiedenen Scheidemännchen auf einmal in ihrer Brust revolutionäre Töne finden – wenn es in den Fabriken, Werkstätten und auf der Straße rumort?

Und diese ständig lebendige Einwirkung der Stimmung und der politischen Reife der Massen auf die gewählten Körperschaften sollte gerade in einer Revolution vor dem starren

Schema der Parteischilder und der Wahllisten versagen? Gerade umgekehrt! Gerade die Revolution schafft durch ihre Gluthitze jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarster Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken. Gerade darauf beruhen ja immer die bekannten effektvollen Szenen aus dem Anfangsstadium aller Revolutionen, wo alte reaktionäre oder höchst gemäßigte unter altem Regime aus beschränktem Wahlrecht gewählte Parlamente plötzlich zu heroischen Wortführern des Umsturzes, zu Stürmern und Drängern werden. Das klassische Beispiel bietet ja das berühmte „Lange Parlament“ in England, das 1642 gewählt und zusammengetreten, sieben Jahre lang auf dem Posten blieb und in seinem Innern alle Wechselverschiebungen der Volksstimmung, der politischen Reife, der Klassenspaltung, des Fortgangs der Revolution bis zu ihrem Höhepunkt, von der anfänglich devoten Plänkelei mit der Krone unter einem auf den Knien liegenden „Sprecher“ bis zur Abschaffung des Hauses der Lords, Hinrichtung Karls und Proklamierung der Republik widerspiegelt.

Und hat sich nicht dieselbe wunderbare Wandlung in den Generalstaaten Frankreichs, im Zensurparlament Louis Philipps, ja – das letzte frappanteste Beispiel liegt Trotzki so nahe – in der vierten russischen Duma wiederholt, die im Jahre des Heils 1909, unter der starrsten Herrschaft der Konterrevolution gewählt, im Februar 1917 plötzlich den Johannistrieb des Umsturzes verspürte und zum Ausgangspunkt der Revolution ward?

Das alles zeigt, daß „der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen“ einen kräftigen Korrektor hat – eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung – trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahl-

listen etc. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.

Nehmen wir ein anderes frappantes Beispiel: das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht. Es ist nicht ganz klar, welche praktische Bedeutung diesem Wahlrecht beigemessen ist. Aus der Kritik Trotzki's und Lenins an den demokratischen Institutionen geht hervor, daß sie Volksvertretungen aus allgemeinen Wahlen grundsätzlich ablehnen und sich nur auf die Sowjets stützen wollen. Weshalb dann überhaupt ein allgemeines Wahlrecht ausgearbeitet wurde, ist eigentlich nicht ersichtlich. Es ist uns auch nicht bekannt, daß dieses Wahlrecht irgendwie ins Leben eingeführt worden wäre; von Wahlen zu einer Art Volksvertretung auf seiner Grundlage hat man nichts gehört. Wahrscheinlicher ist die Annahme, daß es nur ein theoretisches Produkt sozusagen vom grünen Tisch aus geblieben ist; aber so wie es ist, bildet es ein sehr merkwürdiges Produkt der bolschewistischen Diktaturtheorie. Jedes Wahlrecht, wie überhaupt jedes politische Recht, ist nicht nach irgendwelchen abstrakten Schemen der „Gerechtigkeit“ und ähnlicher bürgerlich demokratischer Phraseologie zu messen, sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist. Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht ist eben auf die Übergangsperiode von der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur. Im Sinne der Auslegung von dieser Diktatur, die Lenin-Trotzki vertreten, wird das Wahlrecht nur denjenigen

verliehen, die von eigener Arbeit leben, und allen anderen verweigert.

Nun ist es klar, daß ein solches Wahlrecht nur in einer Gesellschaft Sinn hat, die auch wirtschaftlich in der Lage ist, allen, die arbeiten wollen, ein auskömmliches, kulturwürdiges Leben von eigener Arbeit zu ermöglichen. Trifft das auf das jetzige Rußland zu? Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das vom Weltmarkt abgesperrte, von seinen wichtigsten Rohstoffquellen abgeschnürte Sowjetrußland zu ringen hat, bei der allgemeinen, furchtbaren Zerrüttung des Wirtschaftslebens, bei dem schroffen Umsturz der Produktionsverhältnisse infolge der Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wie in der Industrie und im Handel liegt es auf der Hand, daß ungezählte Existenzen ganz plötzlich entwurzelt, aus ihrer Bahn herausgeschleudert werden, ohne jede objektive Möglichkeit, in dem wirtschaftlichen Mechanismus irgendeine Verwendung für ihre Arbeitskraft zu finden. Das bezieht sich nicht bloß auf die Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse, sondern auch auf die breite Schicht des Mittelstandes und auf die Arbeiterklasse selbst. Ist es doch Tatsache, daß das Zusammenschrumpfen der Industrie ein massenhaftes Abfluten des städtischen Proletariats aufs platte Land hervorgerufen hat, das in der Landwirtschaft Unterkunft sucht. Unter solchen Umständen ist ein politisches Wahlrecht, das den allgemeinen Arbeitszwang zur wirtschaftlichen Voraussetzung hat, eine ganz unbegreifliche Maßregel. Der Tendenz nach soll es die Ausbeuter allein politisch rechtlos machen. Und während produktive Arbeitskräfte massenhaft entwurzelt werden, sieht sich die Sowjetregierung umgekehrt vielfach gezwungen, die nationale Industrie den früheren kapitalistischen Eigentümern sozusagen in Pacht zu überlassen. Desgleichen sah sich die Sowjetregierung gezwungen, auch mit den bürgerlichen Konsumgenossenschaften ein Kompromiß zu schließen. Ferner hat sich die Benutzung von bürgerlichen Fachleuten als unumgänglich erwiesen. Eine andere

Folge derselben Erscheinung ist, daß wachsende Schichten des Proletariats als Rotgardisten etc. vom Staate aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. In Wirklichkeit macht es rechtlose breite und wachsende Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats, für die der wirtschaftliche Organismus keinerlei Mittel zur Ausübung des Arbeitszwanges vorsieht.

Das ist eine Ungereimtheit, die das Wahlrecht als ein utopisches, von der sozialen Wirklichkeit losgelöstes Phantasieprodukt qualifiziert. Und gerade deshalb ist es kein ernsthaftes Werkzeug der proletarischen Diktatur. Ein Anachronismus, eine Vorwegnahme der rechtlichen Lage, die auf einer schon fertigen sozialistischen Wirtschaftsbasis am Platze ist, nicht in der Übergangsperiode der proletarischen Diktatur.

Als der ganze Mittelstand, die bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz nach der Oktoberrevolution die Sowjetregierung monatelang boykottierten, den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, den Schulbetrieb, den Verwaltungsapparat lahmlegten und sich auf diese Weise gegen die Arbeiterregierung auflehnten, da waren selbstverständlich alle Maßregeln des Druckes gegen sie: durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc. geboten, um den Widerstand mit eiserner Faust zu brechen. Da kam eben die sozialistische Diktatur zum Ausdruck, die vor keinem Machtaufgebot zurückschrecken darf, um bestimmte Maßnahmen im Interesse des Ganzen zu erzwingen oder zu verhindern. Hingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausspricht, das sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb dieses Rahmens selbst keinen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation. Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht.

Die Bolschewiki bezeichneten die Sowjets als reaktionär, weil die Mehrheit darin Bauern seien (Bauerndelegierte und Soldatendelegierte). Nachdem sich die Sowjets auf ihre Seite stellten, wurden sie die richtigen Vertreter der Volksmeinung. Aber dieser plötzliche Umschwung hing nur mit Frieden und Landfrage zusammen*).

Doch mit der konstituierenden Versammlung und dem Wahlrecht ist die Frage nicht erschöpft: es kam nicht zur Abschaffung der wichtigsten demokratischen Garantien eines gesunden öffentlichen Lebens und der politischen Aktivität der arbeitenden Massen in Betracht: der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, die für alle Gegner der Sowjetregierung vogelfrei geworden sind. Für diese Eingriffe reicht die obige Argumentation Trotzki's über die Schwerfälligkeit der demokratischen Wahlkörper nicht entfernt aus. Hingegen ist es eine offenkundige unbestreitbare Tatsache, daß ohne freie ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist.

Lenin sagt: der bürgerliche Staat sei ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, der sozialistische zur Unterdrückung der Bourgeoisie. Es sei bloß gewissermaßen der auf den Kopf gestellte kapitalistische Staat. Diese vereinfachte Auffassung sieht von dem Wesentlichsten ab: die bürgerliche Klassenherrschaft brauchte keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse enge Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag.

„Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von Stufe zu Stufe.“ Hier widerlegt Trotzki

*) Notiz auf unnummeriertem losen Blatt (wahrscheinlich als Ergänzung gedacht zu dem umstrittenen letzten Satze: „Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht“).

sich selbst und seine eigenen Parteifreunde. Eben weil dies zutrifft, haben sie durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft. Oder aber müßte man annehmen, daß die Erfahrung und Entwicklung bis zur Machtergreifung der Bolschewiki nötig war, den höchsten Grad erreicht hatte und von nun an überflüssig wurde. (Rede Lenins: Rußland ist überzeugt für den Sozialismus !!!)

In Wirklichkeit umgekehrt! Gerade die riesigen Aufgaben, an die die Bolschewiki mit Mut und Entschlossenheit herantreten, erforderten die intensivste politische Schulung der Massen und Sammlung der Erfahrung.

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeit“, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, daß sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin- und herprobieren mußten und daß ein gut Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellt. So muß und wird es uns allen gehen, wenn wir daran gehen – wenn auch nicht überall so schwierige Verhältnisse herrschen mögen.

Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, dies dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider – oder je nach dem: zum Glück – nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems, eine Sache, die völlig

im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserm Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen. Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, daß der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren läßt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum usw. Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellt schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt. (Beweis: die Jahre 1905 und die Monate Februar–Oktober 1917.) Wie dort politisch, so

auch ökonomisch und sozial. Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzend Intellektueller dekretiert, oktroyiert. Unbedingt öffentliche Kontrolle notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung. Korruption unvermeidlich. (Lenins Worte, Mitteilungsblatt Nr. 29.) Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer, Masseninitiative anstelle der Trägheit, Idealismus, der über alle Leiden hinweg trägt usw. usw. Niemand weiß das besser, schildert das eindringlicher, wiederholt das hartnäckiger als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zur Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkste breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf, erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen auf-

geboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja, noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw.

Lenins Rede über Disziplin und Korruption.

Ein Problem für sich von hoher Wichtigkeit in jeder Revolution bildet der Kampf mit dem Lumpenproletariat. Auch wir in Deutschland und allerorts werden damit zu tun haben. Das lumpenproletarische Element haftet tief der bürgerlichen Gesellschaft an, nicht nur als besondere Schicht, als sozialer Abfall, der namentlich in Zeiten riesig anwächst, wo die Mauern der Gesellschaftsordnung zusammenstürzen, sondern als integrierendes Element der gesamten Gesellschaft. Die Vorgänge in Deutschland – und mehr oder minder in allen andern Staaten – haben gezeigt, wie leicht alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft der Ver lumpung anheimfallen. Abstufungen zwischen kaufmännischem Preiswucher, Schlachtzizen-Schiebungen, fiktiven Gelegenheitsgeschäften, Lebensmittelfälschung, Prellerei, Beamtenunterschlagung, Diebstahl, Einbruch und Raub flossen so ineinander, daß die Grenze zwischen dem ehrbaren Bürgertum und dem Zuchthaus verschwand. Hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige rasche Ver lumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische koloniale Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken und Stützen für Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft, deren innerstes Lebensgesetz die tiefste Unmoral: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unmittelbar und hemmungslos einfacher Ver lumpung anheim. Die proletarische Revolution wird überall mit

diesem Feind und Werkzeug der Konterrevolution zu ringen haben.

Und doch ist auch in dieser Beziehung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt deprivierend auf die Gesellschaft. Das einzige wirksame Mittel in der Hand der proletarischen Revolution sind auch hier: radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfaltung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensiv aktives Leben der Massen auf die Dauer halten läßt.

Wie gegen Krankheitsinfektionen und -keime die freie Wirkung der Sonnenstrahlen das wirksamste, reinigende und heilende Mittel ist, so ist die Revolution selbst und ihr erneuerndes Prinzip, das von ihr hervorgerufene geistige Leben, Aktivität und Selbstverantwortung der Massen, also die breiteste politische Freiheit als ihre Form, die einzige heilende und reinigende Sonne.*)

Anarchie wird auch bei uns und überall unvermeidlich sein. Lumpenproletarisches Element haftet der bürgerlichen Gesellschaft an und läßt sich nicht von ihr trennen:

Beweise:

1. Ostpreußen, die „Kosaken“-Plünderungen.
2. Der generelle Ausbruch von Raub und Diebstahl in Deutschland („Schiebungen“, Post- und Eisenbahnpersonal, Polizei, völlige Verwischung der Grenzen zwischen der wohlgeordneten Gesellschaft und dem Zuchthaus).
3. Die rapide Verlumpung der Gewerkschaftsführer. Dagegen sind die drakonischen Terrormaßnahmen machtlos.

*) Abhandlung über Lumpenproletariat (offenbar Ausarbeitung der folgenden Notiz, die im Manuskript nur auf einem eingeschalteten losen Blatte steht).

Im Gegenteil, sie korrumpieren noch mehr. Das einzige Gegengift: Idealismus und soziale Aktivität der Massen, unbeschränkte politische Freiheit.

Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.

Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie“ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die *bürgerliche* Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für Diktatur nach bürgerlichem Muster. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der „Unreife des Landes“ auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie. „Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen“, schreibt Trotzki. Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, daß wir auch den Sozialismus, den Marxismus, wenn er uns unbequem wird, à la Cunow-Lensch-Parvus, in die Rumpelkammer werfen dürfen? Trotzki und Lenin sind die

lebendige Verneinung dieser Frage. Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohl erworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.

|| Genau so würden auch bisher die Bolschewiki vorgehen, wenn

sie nicht unter dem furchtbaren Zwang des Weltkriegs, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen abnormen Schwierigkeiten litten, die jede von den besten Absichten und den schönsten Grundsätzen erfüllte sozialistische Politik verzerren müssen.

Ein krasses Argument dazu bildet die so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung, und zwar namentlich in der letzten Periode vor dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, seit dem Attentat auf den deutschen Gesandten. Die Binsenwahrheit, daß Revolutionen nicht mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig.

Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße, von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen. Wie sie sich damit selbst völlig unnötig im Lichte stehen und ihr wirkliches unbestreitbares historisches Verdienst unter den Scheffel notgedrungener Fehlritte stellen, so erweisen sie dem internationalen Sozialismus, demzuliebe und um dessentwillen sie gestritten und gelitten, einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Speicher als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in

Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkriege waren. Mögen die deutschen Regierungssozialisten schreien, die Herrschaft der Bolschewiki in Rußland sei ein Zerrbild der Diktatur des Proletariats. Wenn sie es war oder ist, so nur, weil sie eben ein Produkt der Haltung des deutschen Proletariats war, die ein Zerrbild auf sozialistischen Klassenkampf war. Wir alle stehen unter dem Gesetz der Geschichte, und die sozialistische Gesellschaftsordnung läßt sich eben nur international durchführen. Die Bolschewiki haben gezeigt, daß sie alles können, was eine echte revolutionäre Partei in den Grenzen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande ist. Sie sollen nicht Wunder wirken wollen. Denn eine muster-gültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder. Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus geradezu die brennende Zeitfrage: nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren die Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein

und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem „Bolschewismus“.

